

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

29 (4.2.1913)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. **Abonnementpreis:** Zugestellt monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 s.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. **Postfachkonto** Nr. 2650. **Telephon:** Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 49 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. **Druck u. Verlag:** Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Wahlrechtskämpfe.

In verschiedenen Formen erfüllt der Kampf um das Wahlrecht das politische Leben nahezu aller in lebendiger Entwicklung stehender Staaten. Während in demokratischen Ländern ohne schwere innere Erschütterungen Gleich und gleiche die vollkommene Rechtsgleichheit und gleichmäßige Vertretung aller Volksgenossen ausgebaut wird, tief eingreifende Reformen sich durch das Mittel überzeugender Propaganda vollziehen und praktisch bewähren, muß in den Staaten feudalistischer Brutalität oder raffinierten klerikalen Volksbetrugs an die Erringung des grundlegenden Bürgerrechts ein Kampf auf Leben und Tod gekämpft werden. Je nach geschichtlichen Vorbedingungen, nach Volkstypus und politischer Konstellation umfaßt dieser Kampf andere Schichten der Gesellschaft, nimmt er andere Formen an.

Die Demokratie Australiens hat in ihrer seit 1901 in Kraft stehenden Bundesverfassung wie in den Wahlrechten der meisten Einzelstaaten den Frauen die Gleichberechtigung eingeräumt. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat bereits der vierte Teil der Einzelstaaten das Frauenwahlrecht. Der größte Staat New York ist eben dabei, dieselbe Reform einzuführen, deren endgültige Durchsetzung in der ganzen Union und ihrer Bundesverfassung eine Frage kurzer Zeit sein dürfte. Die skandinavischen Staaten haben entweder, wie Finnland, Norwegen und Schweden, in den letzten Jahren durchgreifende demokratische Wahlreformen, in Finnland und Norwegen auch mit Frauenstimmrecht, geschaffen, oder sind, wie eben Dänemark, in der Durchführung einer ernsthaften Reform begriffen. In Italien hat die Regierung selbst eine Vorlage, die nahezu das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht bringt, durchgebracht. Und in Frankreich und der Schweiz sehen wir den Kampf um den Wahlproporz, dessen baldiger Sieg über die interessierten Mandatspolitiker entarteten Fortschrittsparteien außer Frage steht. Holland sieht noch im Vorstadium des Kampfes um allgemeine Wahlrecht, das in Österreich als letztes Mittel zur Erhaltung eines lebensfähigen Parlaments und der Reichseinheit seit 7 Jahren in Wirksamkeit ist. Dagegen gilt hier noch heute für die einzelnen Länder und Gemeinden ein Wirrwarr ungleichartiger Wahlrechte und Wahlentzerrungen, dessen Beseitigung die Aufgabe einer weiteren, durchgreifenderen demokratischen Aktion sein wird.

Ein seltsames Bild bietet England. Der feurige Eifer, der bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts die chartistischen Wahlrechtskämpfer befeuerte, ist heute, wo die oberen Schichten der Arbeiterschaft durch mehrere Reformgesetze zum Rechtsgenossen aufgerückt sind, nicht bei den mehreren Millionen männlicher Arbeiter, die noch immer rechtlos sind, sondern nur bei den Frauen zu finden, deren Wahlrechtsfrage und deren verschiedene Kampfmethoden heute das politische Leben des parlamentarischen Inselstaates beherrschen. Hat im Augenblick, dank der philisterhaften Unbelehrbarkeit des rechten Flügels der liberalen Regierung und der durch die tolle Taktik der „streitbaren Stimmrechtlerinnen“ verursachten Abneigung weiter Kreise, das Frauenrecht dort eine neue Niederlage erlitten, so bedarf es doch keiner großen Prophetengabe, um auch hier in nicht ferner Zukunft den Sieg der vollen, der Arbeiter- und Frauenemancipation sich vollziehen zu sehen. Alles ohne tiefgreifende Erschütterungen des Staatsbaues, ohne die Entfesselung des inneren Krieges durch brutale Minderheitsregierungen.

Wie anders das Bild in den Staaten der europäischen Reaktion, den Herrschaftsgebieten der verpesteten Miquen von junkerlichen, großkapitalistischen, pfäfflichen und nationalitätlichen Scharfmachern, die sich nicht als Willensvollstrecker, sondern als Reformmeister der ihnen überantworteten Völker fühlen. Die Gegenrevolutionen in Preußen und Rußland, raffiniert ausgeplottete Ungerechtigkeit und Korruption in Belgien und Ungarn haben Wahlrechtssysteme geschaffen, die eine Verhöhnung des Volkswillens, eine starre Wehr gegen jeden ernstlichen politischen und sozialen Fortschritt darstellen, deren Beseitigung mit jedem geeigneten Mittel zur Lebensfrage dieser Völker geworden ist. Und während das unter den Stacheln einer furchtbaren Unterdrückung leuchtende russische Volk noch nicht die Kraft hat, die Verbrecherbande, die sein Blut saugt, abzuschütteln, während im Deutschen Reich die weiterbetriebene Erhaltung des alten oder Einführung neuer Wahlrechts in langen Resolutionen und interessanten Demonstrationsspektakeln ein beruhigendes Echo findet, sehen wir im Osten und Westen, in Belgien und Ungarn heute die Arbeiterklasse zum entscheidenden Kampfe bereit.

In Belgien hat der Mißerfolg vom 2. Juni, die nachgewiesene Unmöglichkeit, das System des Mehrstimmwahlrechts, das durch planmäßig betriebene Wahlfälschung und Wahlbestechung gestützt ist, unter der Herrschaft dieses selbst Systems zu überwinden, dank dem Verrat eines Teils der liberalen Partei, die demokratischen Massen zur Erkenntnis der Unabweisbarkeit eines entscheidenden Schlags geführt. Seit dem Sommer wird mit dem Aufgebot aller Kraft durch Propaganda und

Geldausparung, durch gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktion der Massenstreik vorbereitet. Die Organisationsarbeit hat sich vervielfältigt und reiche Früchte getragen. Sorgsame Vorarbeiten zur Massenpeinigung der Arbeitslosen, zur Unterbringung der Kinder im In- und Ausland, zur Aufklärung des Militärs sind im Gange. Der Eifer der Massen, der sich über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus auf einen Teil der entscheidenden Liberalen und der katholischen Arbeiter erstreckt, läßt das Zeichen zum Losschlagen mit Begeisterung erwarten. Und die Ablehnung der geforderten Wahlreform durch die Mehrheit der Wahlrechtsfälschung und ihre Regierung hat die Entscheidung gebracht. Der Zentralausschuß der Arbeiterpartei tritt zusammen, um das letzte Wort zu sprechen, das Ansehn schon in seiner hinreißenden Rede in der Kammer mit dem Schlusssatz: „Hoch der Generalstreik!“ vorweggenommen hat.

Mit einem Karneval-Boykott soll die Bewegung beginnen. Seit Juni ist die Parole: Vermeidung des Alkohols, des Tabaks und aller entbehrlichen Genüsse. Nun ergeht im „Peuple“ die Aufforderung, weiter zu sparen, alle Vorbereitungen fortzusetzen und die vollste Ruhe zu bewahren. Der verbrecherischen Hartnäckigkeit der klerikalen Bourgeoisie stellen wir die Macht unserer Organisation entgegen, fürchtbar, unübersteiglich und friedlich. In einer Riesensammlung in Brüssel, in der Vandervelde über den Kampf gegen die neue Militärvorlage berichtete, sprach Anseele über den Wahlrechtskampf. Er legte die Forderung der Regierung dar und nagelte die Ausherrung des Ministerpräsidenten fest, daß der reformistische Sozialismus gefährlicher sei als der revolutionäre: ein Satz, der an die Lockspindelkünste von 1886 denken lasse und zu besonderer Ruhe mahne. „In einigen Wochen wird der Generalstreik kommen! Es ist keine Gruppe, es ist keine Partei mehr: es ist eine ganze Klasse, die sich erhebt, um die Gesellschaft nach ihrem Ideal zu bauen. Auf, meine Brüder! Und sollten wir selbst unterliegen: besser, als ständig in unserer Würde gekränkt und beleidigt zu werden durch das Wahlrecht! Es wird ergründend sein, wenn die Parole gegeben ist und mit einem Schlage der Streik losbricht. Auf wie ein Mann! Die Herren haben uns den Handschuh hingeworfen. Wir werfen ihn ihnen ins Gesicht zurück. Hoch das allgemeine Wahlrecht! Hoch der Generalstreik!“

Eben so die Belgier am Vorabend des Kampfes, so hat auch in Ungarn der Kampf sich zur Entscheidung zugespitzt. Der Wahlrechtschwandel des Ministeriums Lufacz hat den Sturm entfacht. Am Sonntag hat der Parteitag in Budapest den Boykott der Wahl auf Grund dieses Wahlrechts beschlossen und der Parteileitung Vollmacht gegeben, zur geeigneten Zeit den Generalstreik zu proklamieren. Und bei der Leidenschaft und Lafrast unserer ungarischen Genossen ist auch das kein leerer Beschluß. In einem Aufruf an die „Volkstimme“ heißt es nach einer Aufzählung all des Elends und Jammers, die über das Land durch die grenliche Mißwirtschaft hereingebrochen sind: „Das ganze Land steht am Abgrund des Verderbens. Das ganze Land hat die Zollpolitik und der Militarismus zugrunde gerichtet. Und nirgends Rettung. Wir haben kein Parlament, nur ein Parlamentsgebäude, das diejenigen, die keine gesetzlichen Schranken kennen und mit Waffengewalt das Land ausrauben, usurpieren. Wir haben keine Regierung. Eine gewissenlose Gesellschaft hat die Macht an sich gerissen, ohne gesetzlichen Rechtstitel, nur auf Grund des Faustrechts. In diesem Lande gebieten nur die Großgrundbesitzer und die Raubritter der Politik. Entweder das Land geht zugrunde oder das Klassenparlament.“

Es handelt sich nicht um eine Demonstration, nicht um einen 1-2-tägigen, die Kraft der Massen demonstrierenden Streik, sondern um eine der Geschichte nichtungabende, ein neues Ungarn schaffende mächtige Tat. Dieser Kampf wird schwieriger werden, als alle bisherigen Kämpfe. Nun gilt es zu zeigen, wie stark, wie selbstbewußt, wie ausdauernd, wie revolutionär die Arbeiterschaft Ungarns ist. Ein neuer März muß kommen über dieses Land, dessen Schicksal seit 1848 das Stagnieren, Faulen, Zugrundegehen ist.

Bereitet euch vor!
Materiell: indem ihr keinen Sella für unnütze Zwecke ausgibt, auf alkoholische Getränke verwendet und die so erübrigten Gelder spart. — Geistig: nährt in euch und anderen die Begeisterung für unsere hehre Sache, schürt das Feuer des Kampfes, die Stut der Ausdauer! Nur durch eigene Kraft können wir siegen! **Bereitet euch vor:** Wir müssen größere Siege eringen, als die Landeroberer von ebendem. Wir müssen für unsere Enkel ein neues Land schaffen. **Bereitet euch vor!** Jede Minute ist kostbar!

So sprechen Sozialdemokraten, denen es ernst ist mit dem Kampfe um des Volkes Recht. Die Umstände sind verschieden. Die Taktik mag nach den Umständen sich ändern. Aber der Geist ist der eine. Glückauf den belgischen, den ungarischen Wahlrechtskämpfern!

Das Schicksal des Petroleummonopols.

Die Reden bei der ersten Beratung des Petroleummonopols im Plenum des Reichstags wurden allgemein als Leichenreden bezeichnet. Und es scheint, als ob der Gesetzentwurf wirklich in der Kommission sein Grab finden sollte. Denn in der letzten Kommissionsitzung wurde der Hauptparagraf, der für das Reich ein Monopol für Einfuhr, Herstellung und Großhandel von Leuchtöl statuiert, von der Mehrheit abgelehnt.

Und trotzdem wäre es falsch, daraus zu schließen, daß die Mehrheit der Kommission aus prinzipiellen Gegnern des Monopols bestünde. Von den 28 Mitgliedern der Kommission sind nur die 7 Zentrumsmitglieder und 7 Sozialdemokraten, die Vertreter der Konservativen, der beiden liberalen Fraktionen und Sozialdemokraten grundsätzliche Anhänger des Monopols. Also eine Mehrheit für das Monopol und trotzdem eine glatte Ablehnung! Das beweist, daß das negative Resultat nur durch eine besondere Komplikation zustande kommen konnte, und es immer noch im Bereich des Möglichen liegt, daß die zweite Lesung ein positives Ergebnis zeitigt.

Wie ist nun das Ergebnis der ersten Beratung und das voraussichtliche Schicksal des Gesetzentwurfes? Die erste Beratung kam bekanntlich über die Generaldebatte, die sich über die Versorgungsmöglichkeit, Preisgestaltung und Versorgungsform erstreckte, nicht hinaus.

Die Frage der Versorgungsmöglichkeit unter Ausschluß der Standard Oil Company und zu annehmbaren Preisen wird von der Regierung auf Grund von Vorberträgen und Vorverhandlungen mit europäischen Lieferungsunternehmen und amerikanischen Außenministern entschieden bejaht. Ihr schließen sich die Vertreter der beiden liberalen Fraktionen und wenn auch weniger präzis die der Konservativen an. Die Vertreter der Zentrumsparterie verneinen die Frage der Versorgungsmöglichkeit, während die Sozialdemokratie ihr Urteil von der Einsichtnahme der abgeschlossenen Vorverträge abhängig macht. Es ist charakteristisch, daß die Zentrumsmitglieder vorzüglich unterrichtet sind, sowohl über vertrauliche Verhandlungen der deutschen und österreichischen Regierung, als über den Inhalt des sehr wichtigen mit der Steana Romana abgeschlossenen Vorvertrags. Die Standard Oil Company könnte sich wirklich keine bessere Vertretung in der Kommission wünschen. Um ein einigermaßen sicheres Urteil über die Frage der Versorgungsmöglichkeit zu gewinnen, erhebt die Befragung der geschlossenen Vorverträge als unbedingt notwendig, um so notwendiger, als nach der Besprechung mit den Vertretern der amerikanischen Außenminister der große Optimismus der Regierung keineswegs berechtigt erscheint.

Aber auch wenn von der Mehrheit der Kommission die Frage der Versorgungsmöglichkeit zu annehmbaren Preisen bejaht wird, erwächst eine neue Klippe in der Frage der Versorgungsform, ob Reichsmonopol oder Vertriebsgesellschaft. Der Antrag des Zentrums auf Vorlage eines kleinen Kartellgesetzes wird voraussichtlich eine Mehrheit nicht finden, obwohl in dieser Frage wie im ganzen eine Annäherung zwischen Zentrum und Konservativen stattgefunden hat. Die Entscheidung wird also zwischen Reichsregiemonopol und Vertriebsgesellschaft fallen. Wie sie fällt, das läßt sich schwer vorher sagen. Bleiben die einzelnen Parteien auf dem in der letzten Kommissionsitzung eingenommenen Standpunkte, dann fällt der grundlegende § 1 auch in der zweiten Lesung wieder und mit ihm der ganze Gesetzentwurf. Die Frage ist also die, ob sich unter den monopolfreundlichen Parteien eine Verständigung über die Vertriebsform erzielen läßt. Da die Sozialdemokratie bisher grundsätzlich die Vertriebsgesellschaft abgelehnt hat und nur für das Reichsregiemonopol zu haben ist, so hängt das Schicksal des Entwurfs von dem Entschluß der beiden liberalen Fraktionen ab. Für sie war die Frage der Vertriebsform bisher nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Können sie sich nicht entschließen, auf die Vertriebsgesellschaft zu verzichten und das Reichsregiemonopol zu akzeptieren, so wird das Schicksal des Gesetzentwurfes entschieden sein.

Stempelsteuer statt Besitzsteuer?

Vor einigen Tagen hat der Präsident des preussischen Dreiklassenhauses, Graf Schwerin-Löwis, in Demmin eine Rede gehalten, in der er den Vorschlag machte, die Besitzsteuerfrage dadurch zu lösen, daß die bisher den Einzelstaaten zustehenden Stempelsteuern dem Reiche überlassen würden. Dafür könnte man die Wertzuwachssteuer den Kommunen, die Reichserbschaftsteuer von 1909 den Einzelstaaten überweisen.

Jetzt wird Graf Schwerin-Löwis wegen jener Rede im halbamtlichen „Berl. Lokalanzeiger“ als ein „Politiker großen Stils“ gefeiert und das läßt vermuten, daß hinter den unumgänglichen Vorschlägen des Grafen doch mehr steckt, als die berunglückte Privatarbeit eines Einzelnen. Auch lassen die näheren Ausführungen des „Lokalanzeigers“

nte
g.
zeitig
5098
sklub.
1913: 509
mashof.
ahn, um 1/8 Uhr.
Der Vorstand.
Adler,
merer.
nerstag
-Tag.
Ernst Müller.
ff
eureut.
ng
m.
Fig.
p. Pfund
Fig.
p. Liter

darauf schließen, daß es sich nicht um eine flüchtige Anregung, sondern um einen genau ausgearbeiteten, mit Hilfe amtlicher Stellen hergestellten Gesetzesvorschlag handelt.

Da die Stempelsteuer „als Besitzsteuer“ anerkannt sei, so heißt es da, würde ihre Übertragung auf das Reich dem Versprechen auf Einführung einer Besitzsteuer entsprechen. Die Stempelsteuern der Einzelstaaten tragen ungefähr 81 Millionen Mark, wovon 65 1/2 Millionen allein auf Preußen entfallen. In Bayern bringt der Stempel nur 60 000 M., nach preussischen Grundgesetzen würden etwa 12 Millionen zu erzielen sein. Württemberg, Baden, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Meiningen, die beiden Schwarzburg, die beiden Reuß, Waldeck und Lippe kennen diese Steuer überhaupt nicht, dort würde sie also durch das Reichsgesetz erst zur Einführung gelangen. Der Gesamtbeitrag wird auf 120 Millionen mit einer Steigerungsfähigkeit bis auf 150 Millionen geschätzt, die Ueberweisungen würden dagegen nur 30 Millionen kosten.

Soweit der Vorschlag. Die Frage, ob eine Stempelsteuer, die von Urkunden aller Art erhoben wird, überhaupt eine Besitzsteuer ist, oder ob sie nicht zum großen Teil eine abwälzbare Verzehrssteuer darstellt, soll zunächst ganz außer acht gelassen werden. Denn selbst, wenn man annimmt, daß die Stempelsteuer eine Besitzsteuer ist, so springt doch sofort die Tatsache in die Augen, daß die besitzenden Klassen in Preußen durch den Schwerinschen Vorschlag um keinen Pfennig mehr belastet werden als bisher. Das Versprechen, eine Besitzsteuer einzuführen, bedeutet aber, daß die besitzenden Klassen mehr als bisher herangezogen, ihre tragfähigen Schultern stärker als zuvor in Anspruch genommen werden sollen. Es handelt sich also im besten Falle um einen Versuch, durch Übertragung einer bestehenden angeblichen Besitzsteuer von Preußen auf das Reich das Zustandekommen einer neuen wirklichen Reichsbesitzsteuer zu verhindern.

Ueber die Hamburger Bürger-schaftswahlen,

über deren Resultat wir gestern berichteten, wird uns noch geschrieben:

Alle drei Jahre muß sich die Hälfte der 160 Mitglieder der Bürgerschaft einer Neuwahl unterziehen. Und zwar werden von den zur Wahl stehenden 80 Mitgliedern 20 von den Grundeigentümern, 20 durch sogenannte Notable und 40 in allgemeinen Wahlen gewählt. Von den letzteren wählt das Stadtgebiet diesmal 36 Mitglieder und vier Bezirke des Landgebiets je ein Mitglied. Am Freitag fanden die allgemeinen Wahlen statt, die in der Stadt nach dem 1906 geschaffenen Zweiklassenwahlrecht, das mit Proportionalwahl, Listenwahl und allen Chikanen ausgestattet ist, vorgenommen werden, im Landgebiet nach einem für alle Bürger gleichen Verhältniswahlrecht. Die sogenannten alten Fraktionen, die 1906 durch Einführung des Klassenwahlrechts den brutalen Wahlrechtsraub begangen haben, hatten diesmal im Stadtgebiet insgesamt 19, die Sozialdemokratie 10 und die Vereinigten Liberalen (die bürgerlichen Gegner des Klassenwahlrechts) 7 Sitze zu verteidigen. Die Vorschlagslisten aller drei Gruppen für das Stadtgebiet erhielten für diese 40 Sitze insgesamt 125 Kandidaten, jedoch 85 durchzufallen mußten. Die Vorschlagsliste der sozialdemokratischen Partei enthielt 17 Namen. Die Träger der ersten acht davon gehörten der Bürgerschaft schon an.

Der Wahlkampf wurde seit Wochen sehr fleißig geführt. Die sozialdemokratischen Kandidaten besuchten nahezu sämtliche bürgerliche Versammlungen im Stadt- und Land-Gebiet, deren Zahl ungeheuer war. Und da überall freie Diskussion gewährt wurde, konnten sie auch in diesen Versammlungen eine eifrige Propaganda für unsere Sache entfalten. Außerdem fand eine große Anzahl sozialdemokratischer Versammlungen statt. Außer mehreren allgemeinen Flugblättern sind Sonderflugblätter für die Landbevölkerung, für die Beamten und für die Volksschullehrer von der Partei verteilt worden. In den

vier Landbezirken hat die Sozialdemokratie diesmal auch eine sehr eifrige Wahlarbeit entfaltet. Die vier ersten Kandidaten der städtischen Vorschlagsliste kandidierten auch im Landgebiet. Und im Landgebiete haben wir diesmal auch ganz ausgezeichnete Fortschritte gemacht. In einem Bezirk kommen wir in die Stichwahl. Im Stadtgebiet haben wir unsere Stimmen von 140 849 (1907) auf 213 806 erhöht, dank dem famosen Klassenwahlrecht aber nur unsere 10 bisherigen Sitze behaupten können. Und zwar sind uns aus der zweiten Klasse 8, aus der ersten 2 Mandate zugefallen, während wir 1907 aus der ersten Klasse 1, aus der zweiten 9 Mandate erhielten. Es wurden wiedergewählt die Genossen Stolten, Krause, Hoffmann, Stubbe, Grünwald, Schaumburg, Schrader und Weinheber und neu gewählt Hüffmeier und Winnig. Auch die Liberalen behaupteten ihre 7 Sitze im Stadtgebiet, und die alten Fraktionen erhalten wieder ihre 19 Sitze im Stadtgebiet. Aus dem Landgebiet haben die alten Fraktionen, die drei Sitze zu verteidigen hatten, zwei Sitze wiedererhalten; in einem Bezirk sind sie mit den Liberalen in ziemlich ausfichtsloser Stichwahl, im vierten Bezirk stehen wir mit den Liberalen in Stichwahl. Die neugegründete Hamburgischer konservativer Vereinigung hat so wenig Stimmen (11 000) erhalten, daß sie keinen Sitz erhielt; ebenso fiel eine Vorschlagsliste der Frucht- und Gemüsehändler aus. Nicht gewählt ist auch der bekannte „Hamburger Nachrichten“-Redakteur Hübbe, über dessen blamablen Prozeß kürzlich berichtet wurde.

Das Resultat zeigt, daß das Klassenwahlrecht, das geschaffen ist, die Sozialdemokratie auf ewig zu kontingenzieren, seine Schuldigkeit getan hat.

Deutsche Politik.

Patriotenjörgen. Ein drolliger Boykott aus patriotischen Gründen droht den „vornehmsten Breslauer Künft-handlungen“ und anderen Geschäftsleuten. Im Anschluß an den Festtrummel zur Jahrhundertfeier der Kriege von 1813 stellt sich nämlich heraus, daß von all den Größen der damaligen Zeit gerade Napoleon I., der Todfeind Preußens, die Maler und Literaten am meisten interessiert hat. Die „Schlesische Zeitung“, die den Boykott der Arbeiter mit Strafe bedroht wissen will, fordert nun alle Patrioten auf, die Geschäftsleute zu zwingen, diesen Napoleon-Kult aufzugeben und durch Einkäufe an den unbedächtigen Stellen den Kultus der preussischen Selben herbeizuführen.

Schlamm, sehr schlamm; sogar der „Patriotismus“ muß mit Mitteln des Terrors geweckt werden.

Neue Reichsgesetze für Wanderarme werden in der „Nordd. Allg. Ztg.“ angefündigt. Zur Begründung wird angeführt, daß sich seitens Schwierigkeiten ergeben haben in der Auseinandersetzung der Armenverbände über die Unterstufungen. Auch sei eine Trennung der Wanderarmen in Arbeitswillige, Arbeitsunfähige und Arbeitsscheue nötig. Weiter müsse der Umfang der Unterstützung, der in den einzelnen Orten sehr verschieden sei, geregelt werden. Dann heißt es in der „Nordd. Allg. Ztg.“:

Im Reichsamt des Innern sind vorläufige Geberentswürfe nach Richtung einer Ausdehnung der württembergischen Einrichtungen für arbeitsfähige Wanderer auf das Reich und gleichzeitiger Verringerung des Grundbundes des Unterstufungswohlfahrtsvereins hinsichtlich der arbeitsunfähigen Wanderarmen ausgearbeitet. Die beteiligten Dienststellen des Reiches und Preußens sind zu kommissarischen Beratungen über sie zusammengetreten. Sobald es gelungen ist, eine Einigung der Bundesstaaten über die festgesetzten Vorschriften herbeizuführen, werden dem Reichstag Gesetzentwürfe über die Fürsorge für Wanderer und die Beseitigung der Mängel des § 28 hinsichtlich der Wanderarmen vorgelegt werden. Einer obligatorischen Einführung allgemeiner Arbeitsnachweise auch für die ortsanfässige Bevölkerung könnte vorerst nicht nähergetreten werden, da zunächst versucht wird, ohne gesetzlichen Zwang das Arbeitsnachweiswesen weiter auszubauen. Inzwischen ist auch in einer Konferenz im Reichsamt des Innern mit Vertretern der beteiligten Verbände

und Vereine die Frage informativ eingehend erörtert worden.

Die Nationalliberalen. Der Nationalliberale Verein Berlin faßt nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Dr. Maurer über das preussische Wahlrecht folgenden Beschluß:

„Der Nationalliberale Verein Berlin sieht die Wandlung des preussischen Wahlrechts als die notwendigste und dringendste Aufgabe der inneren Politik an und hegt deshalb die zureichende Hoffnung, daß die Nationalliberale Partei sich die Durchföhrung der direkten und geheime Wahl und eine gerechte Einteilung der Wahlkreise fordernden Magdeburger Beschlüsse zur vornehmsten Pflicht gemacht hat, da von ihrer Erfüllung die gesunde Fortentwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und die Vertrauensstellung Preußens als Vormacht Deutschlands abhängt.“

Der Verein ist beiseiden: er „hofft“, daß die Nationalliberale Partei sich zur Pflicht macht, die Magdeburger Beschlüsse, in welchen nicht einmal das gleiche Wahlrecht gefordert wird, zur Durchführung zu bringen.

Inzwischen scheint die Zerlegung der Partei weitere Fortschritte zu machen. Die „Süddeutsche Nationallib. Korresp.“ richtet folgende Anfragen an den geschäftsführenden Ausschuß der nationalliberalen Partei:

1. Was gedenkt der geschäftsführende Ausschuß zu tun gegenüber dem parteischädlichen Betragen des jungliberalen Herrn Böensgen, der in der Harzabund-Presse unwahre Behauptungen über verdiente Parlamentarier der Partei verbreitet und damit die allgemein-politischen und Mandatsinteressen der Partei aufs ernsteste gefährdet?

2. Was gedenkt der geschäftsführende Ausschuß zu tun gegenüber dem parteischädlichen Betragen des Vorsitzenden des jungliberalen Reichsverbandes, Herrn Kauffmann, der in einer vielgelesenen Zeitung erklärt, die nationalliberale Partei habe kein Programm und sei deshalb directionslos, und der auf diese Weise die Partei dem Gelächter und Hohn der Öffentlichkeit preisgibt?

Fünzigjährig Mark für vierzehn Schlachten. Der Kaiser hat dem 70jährigen Kriegsveteranen Heinrich Dabow in Burg (Spreewald) eine einmalige Unterstützung von 50 M. aus seiner Privatschatulle zahlen lassen.

Die Vorgeschichte dieses Gnadenaktes ist folgende: „Der Veteran Dabow, der nach Ausweis seines Militärpasses im deutsch-französischen Kriege 1870-71 14 Schlachten mitgeschlagen hat, bezieht zwar den Ehrensold von 10 Mark monatlich, lebt aber in äußerst dürftigen Verhältnissen, die Ende vor. Jahres geradezu verweirte wurden, da seine betagte Gehälfte das Augenlicht verlor. Eine glücklich überstandene Operation brachte der Frau Dabow die Sehkraft zwar wieder, die alten Leute mußten aber zur Bezahlung der bedeutenden Operationskosten die Ernährerin der Familie, ihre gute Milchkuh verkaufen. Infolge des Fehlens der Milch, die bisher der Hauptbestandteil ihrer Nahrung gewesen war, wurden Dabow und Frau krank und elend. In dieser höchsten Not richtete der Veteran ein Bittgesuch an den Kaiser und erbat eine Unterstützung von 300 M. zur Wiederbeschaffung der verlorenen Kuh und eine laufende Veteranrente von 30 M. monatlich. Dieses Bittgesuch verdient insofern als klaffend bezeichnet zu werden, als es mit folgendem Bittat begann:

„O. Kaiser! Majestät! Hier ist mein Saup. Ich habb für Euch gewagt in 14 Schlachten!“

Das Gesuch hat jetzt seine Erledigung durch oben erwähnten kaiserlichen Gnadenakt gefunden. Daß ein solches „Gnaden“-Gesuch überhaupt notwendig wurde, welcher Lohn den Kriegsinvaliden zuteil wird. Wenn das schon den Invaliden von ehemals so geht, wie würden dann erst die Opfer eines neuen Krieges betteln müssen!

Ausland.

Schweiz.

Schweizerische Nationalität für Kinder von Ausländern. Die Regierung beabsichtigt, einen Gesetzentwurf einzubringen.

„Vielleicht“, sprach das Mädchen, das durch Bunkers Bemerkung völlig niedergeschmettert schien. „Möchten Sie einige Muster sehen, die ich angefertigt habe“, und sie breitete die Ergebnisse ihres Fleißes und ihrer Geschicklichkeit auf dem Tische aus.

„Schönes Wetter heute, Kapitän“, wendete sich Bunker mit herablassender Miene an diesen, wie wenn es eine besondere Günstigkeit Gottes sei, seine Sonne auch über ein Armenhaus scheinen zu lassen, „für dieses schöne Wetter sollten alle dankbar sein, insbesondere aber diejenigen, die in ihrer Jugend nicht aus Sparen dachten und jetzt gleichwohl auf ihre alten Tage mit einem trockenen, warmen Quartier versorgt sind.“

„Jeder Mensch ist für schönes Wetter dankbar, Herr Bunker“, war der Kapitän's ruhige Antwort auf die herausfordernde Bemerkung des Agenten.

„Herr Bunker —“ Angela wies mit gebieterischer Gebotbewegung auf die Tür — „Sie haben meinen Auftrag ausgeführt und können jetzt gehen.“

Das Blut stieg Bunker ins Gesicht. Hatte er recht gehört. Er, Bunker, sollte gehen? Er sollte sich von einer kleinen Schneiderin sagen lassen, daß er gehen könne? „Wenn die Dame meine Tochter annimmt, Herr Bunker“, sprach Kapitän Sorenson, „so will ich verjagen, Ihnen die Vermittlungsgebühr von fünf Schillingen in nächster Woche zu zahlen.“

„Fünf Schillinge?“ rief Angela erstaunt aus. „Aber ich habe ihm erst vorher fünf Schillinge für seine Empfehlung gegeben.“

Herr Bunker hielt es nicht für angezeigt, zu erklären, daß es zu seinen Geschäftsregeln gehörte, sich von jeder Seite fünf Schillinge zahlen zu lassen, sondern entfernte sich hastig ohne Abschied.

„Wie ist Ihr Name, meine Liebe“, fragte Angela freundlich, ohne die vor ihr ausgebreiteten Arbeiten in Augenmerk zu nehmen. Es wunderte sie, eine so zarte Blume in Whitechapel zu finden.

„Mein Name ist Ellen“, entgegnete das Mädchen. „Ich nenne sie nur Nelly“, entgegnete der Vater, „und

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant. Von E. Dewitt. (Nachdr. verb.)

17

(Fortsetzung.)

„Es ist kaum ein Ort, wo Sie stolz vermuten würden“, fuhr Bunker höhnisch fort, „und doch wohnen Stolz und Armut hier beieinander. Bescheidenheit ziemt sich nur für die, die ein Guthaben bei der Bank besitzen. Da, ha, ha, ha! Man stelle sich einen hochmütigen Armenhäusler vor.“

Er schritt als Führer voraus, wobei das Geräusch seiner Schritte laut widerhallte. Angela bemerkte sofort, daß hinter dem ersten noch ein zweiter größerer Hof lag, in dem, wenn möglich, noch ein tieferes Schweigen herrschte. Hier war dem Andenken des Begründers des Heims ein Denkmal errichtet, der, wie sich aus einer Inschrift am Sozial ergab, im Jahre 1688 als Kommandeur eines Ostindienfahrers seinen Tod gefunden hatte. Wie auf dem anderen Hofe fehlte es auch hier nicht an freundlichen Rasenflächen. Die Stelle der Häuser erinnerte an die Ruhe einer Kirche.

Herr Bunker hielt sich rechts und klopfte im nächsten Augenblick mit seiner Faust gegen eine Tür. Ohne eine Antwort abzuwarten, öffnete er dann diese und forderte seine Begleiterin durch ein Kopfnicken auf, ihn zu folgen. Sie traten in ein kleines, niedriges Zimmer, in dessen Einrichtung sich nichts Ueberflüssiges befand. Vor dem Fenster hingen saubere weiße Gardinen, die durch rote Bänder aufgesteckt waren. Auf dem Fensterbrett standen einige Töpfe mit blühenden Blumen. An der einen Seite lag ein alter Mann mit silberweißem Haar und einer Brille, der in einem Buche las, und ihm gegenüber ein junges Mädchen, das mit einer Sandarbeit beschäftigt war.

„Nun, Kapitän Sorenson“, sprach Bunker, der einen Gruß offenbar für überflüssig hielt, „ich kann Ihnen heute wieder Arbeit für Ihre Tochter anbieten. Das heißt nur, wenn Sie nichts dagegen einzuwenden haben, Ihre Ver-

hältnisse gestatten es Ihnen ja, wäherlich zu sein. Ha, ha!“ Er lächelte pöttisch und blickte mit der ganzen Verachtung um sich, die der Inhaber eines Bankguthabens für einen Mann empfindet, der feins hat und in einem Armenhaus lebt.

„Welcher Art ist die Arbeit?“ fragte der Ageredete und erhob sich, als er Angela in der Tür erscheinen sah, um ihr einen Stuhl anzubieten. Angela sah eine vom Alter noch nicht gebeugte, hohe Gestalt mit blauen Augen und einem ruhigen, jung annütenden Gesicht, die sich einer gewählten Sprache bediente und über gute Manieren verfügte. „Hat vielleicht dieses Fräulein die Arbeit zu vergeben, Herr Bunker?“

„Ganz recht“, entgegnete der Agent. „Fräulein Kennewith, dies ist die junge Person, von der ich Ihnen erzählt habe. Diese Dame — und er deutete auf Angela — „möchte sich als Schneiderin selbstständig machen, hat von mir ein Haus gemietet und sucht jetzt Arbeiterinnen, um mit dem Geschäft anzufangen. Auf Grund meiner Empfehlung kommt sie zu Ihnen, Kapitän Sorenson.“

„Wir sind Ihnen für die Empfehlung sehr verbunden, Herr Bunker.“

Das Mädchen hatte sich von seinem Stuhl erhoben und blickte, mit seiner Arbeit in der Hand, offenbar etwas eingeschüchtern, unversichert auf Angela, die so ganz anders ausah, als alle Schneiderinnen, die es bisher gekannt hätte. Nun schaute Angela die junge Schneiderin an, und sah, daß diese etwa neunzehn Jahre alt, groß, ziemlich mager, dabei aber auffallend hübsch war. Sie sah nicht kräftig aus; ihre Wangen waren leicht gerötet, ihre Augen blau wie die ihres Vaters und ihre blonden Haare gelockt; obgleich sie sie glatt zu kämmen suchte. Wie die meisten Mädchen ihres Standes, trug sie ein einfaches schwarzes Kleid.

Angela ergriff ihre Hand. „Ich bin überzeugt“, sprach sie freundlich, „daß wir gute Freundinnen sein werden.“ „Freundinnen!“ rief Herr Bunker ganz bestürzt aus. „Aber sie soll für Sie arbeiten! Wie kann eine Arbeiterin Ihre Freundin werden?“

... in der Schweiz geborenen Kindern von Ausländern die schweizerische Nationalität zu verleihen. Es ist dies eine Folge des großen Anwachses der Fremden in den schweizerischen Gebieten.

Oesterreich.

Ein Volksfreund. Im Alter von 75 Jahren ist am Freitag in Wien der Reichsratsabgeordnete Kronawetter gestorben. Er war in Oesterreich der Hauptvertreter jener Generation alter Demokraten, die den Ideenreichtum der deutschen Klassiker pflegten und dem Staat die Aufgabe setzten, daß er ein treuer Vermittler aller Kulturkräfte sein und die arbeitenden Massen wirtschaftlich und geistig heben solle. Eine unerschütterliche Hoffnungs- freude erfüllte ihn, wenn er auf die dreien Volksfraktionen blühte, und in ehrlichem Idealismus hat er allezeit sich bemüht, die Menschenrechte zur Anerkennung zu bringen. Dabei hat er aber freilich, wie es Ideologen meistens passiert, verkannt, daß die wirtschaftlichen Existenzbedingungen jeder Volksklasse auch deren geistiges Sein bestimmen. Mit aller Kraft und hohem idealem Schwünge setzte sich Kronawetter zur Zeit des Ministeriums Baden für eine Wahlreform ein, die nur jenen Kleinbürger- schichten zugute kommen konnte, die ihre Interessen mit denen des Adels und der Geistlichkeit verknüpfen und also auch von Adel und Geistlichkeit am Leibe geführt wurden. Als diese verknüpfte Wahlreform ins Leben trat, wurde Kronawetter ihr erstes Opfer: die Wogen der antisemitischen Bewegung schlugen über ihn zusammen und schwebten sein Mandat fort. Kronawetter stand fest wie ein Felsen, aber er konnte nicht verhindern, daß seine Partei zum Antisemitismus überging. Außerhalb der Partei setzte er mit Bernerstorfer den Kampf für eine Wahlreform, die der Arbeiterklasse den Zugang zum Parlament eröffnen sollte, fort. Die breit und tief gehende Massenbewegung des Proletariats erganz schließlich die Reform und so kam Kronawetter wieder in den Reichsrat. Sein Freund Bernerstorfer hat der Ansicht an die Sozialdemokratie gefunden, aber Kronawetter blieb einsam. Dennoch achte und ehre ihn die Arbeiterklasse und sie wird an seinem Grabe grüne Kränze dankbaren Gedankens niederlegen.

Spanien.

Das Reformprogramm der Regierung. Der Abgeordnete Louis Morote teilt in der „Humanité“ den Inhalt einer Unterredung mit, in der ihm der Ministerpräsident Graf Romanones das Programm darlegte, das er den Kammern vorlegen will. Im Vordergrund steht die Sozialpolitik: Gesetz über Gewerkschaften, Kollektivverträge, Gewerbeaufsicht, Ueberwindung der großen Unternehmungen, Schaffung eines Arbeitsministeriums. Der Staat soll sich im Streitfall auf Vermittlung beschranken. — Weiter Reform der Staats- und Gemeindefinanzien: Reform der Grundsteuer auf Grundlage der Wertzuwachsbesteuerung im Sinne von Lloyd George. — Das Gerichtsbarkeitssystem, das die Rechtsprechung militarisiert, soll aufgehoben, das Militärstrafrecht reformiert, die Todesstrafe aufgehoben werden. — Als Grundproblem gilt der Regierung die Kirchenpolitik. Die Regierung habe in letzter Zeit 48 neue Mönchsorden ferngehalten. Das Vereinsgesetz soll die Frauen lösen. Die Verhandlungen mit Rom verlaufen große Vorteile. Die Cortes sollen baldigt zusammenzutreten. Graf Romanones erklärte, er fürchte den Kampf nicht. Spanien habe aufgehört, eine Aristokratie in Europa zu sein. Seite an Seite mit England und Frankreich wolle es für den Fortschritt arbeiten. — Ein wunderschönes Programm. Nur — wir erinnern uns, vor Jahren von dem „Demokraten“ Canalejas noch schönere Worte gehört zu haben. Man weiß, was daraus wurde. Hoffentlich wird es diesmal besser und ehrlicher.

Badische Politik.

Neue Kalifunde in Baden.

Westlich des Bahnhofs von Duggingen wurden neue ausgedehnte Kalifunde angebohrt. Sachverständige bezeichnen die neue Schicht sechs Meter stark. Eine weitere Bohrung gegen das Schwarzwaldgebirge zu hat ebenfalls sehr gute Ergebnisse gehabt, so daß in der Umgebung von Duggingen mit einem Kalilager gerechnet werden kann, das jenem bei Wittelsheim im Elsaß nichts nachgibt.

Gegen die Sammelpolitik.

In einer in Baden-Baden von der Fortschrittlichen Volkspartei einberufenen öffentlichen Versammlung sprach der Landtagsabgeordnete Professor Hummel-Karlsruhe über die politische Lage im Reich und in Baden.

„Sie ist eine gute Tochter. Aber wollen Sie nicht Platz nehmen, Fräulein Kennedy?“

Angela setzte sich und erklärte dann, zum Kapitän redend, aber seine Tochter anblickend, den Zweck ihres Kommens, daß sie sich nämlich als Schneiderin selbstständig machen wolle, daß sie gute Aussichten auf Erfolg habe und sogar auf Bestellungen aus dem Londoner Westend rechnen dürfe, daß sie, von einigen Annehmlichkeiten abgesehen, über die sie später noch Näheres mitteilen werde, bereit sei, den üblichen Lohn zu zahlen, und daß, wenn Kapitän Sorenson damit einverstanden wäre, seine Tochter sich von jedem Augenblick an als engagiert betrachten könne.

„Ich habe bisher nur als einfache Näherin gearbeitet“, geizte Nelly. „Aber wenn Sie es mit mir als Schneiderin versuchen wollen — o, Vater, denke dir, der Wochenlohn beträgt je sechs Schillinge!“

Angela empfand einen Druck um das Herz. Ein arbeitsloser Wochenlohn von sechs Schillingen — und doch machte schon die Aussicht auf ihn dieses Mädchen überaus glücklich!

„Sind Sie einverstanden, Kapitän Sorenson, oder verlangen Sie vielleicht auch, wie der Herr Bunker, Referenzen? Ich bin die Enkelin eines Mannes, der in Whitechapel geboren wurde und es hier zu einem kleinen Vermögen brachte, das er mir hinterließ. Wollen Sie mir Ihr Kind anvertrauen?“

„Sie sind die erste Person“, entgegnete Kapitän Sorenson, „die hier, wo die Nachfrage nach Arbeit das Angebot weit übersteigt, die Annahme einer von ihr angebotenen Stellung als eine Gefälligkeit betrachtet.“

„Ich suche antändliche, nette Mädchen“, entgegnete Angela, „denen ich Kameradin und Freundin sein möchte.“ (Fortsetzung folgt.)

fastnachtsonntag.

Eine mißverehbare Menschenmenge wogte die Hauptstraßen entlang — Fastnacht, — das Fest dem Frohsinn geweiht! Meister Griesgram hatte seine verdrießliche Nacht verloren, sein trauriges Gezepter ward ihm entrisen, mir frohe Laune durfte regieren und Seiterkeit herrschen. Das

Bezüglich der kommenden Landtagswahlen führte er u. a. aus, daß die Regierung und das Zentrum nach wie vor auf die sogenannte Sammelpolitik hinarbeiten, mit dieser Arbeit aber keinen Erfolg haben würden. Aufgabe der liberalen Parteien müsse es sein, eine liberalkonervative Mehrheit im Landtag zu verhindern und wieder eine Großblockmehrheit zu schaffen, welche eine Bürgerpflicht für eine Fortentwicklung im liberalen Sinne biete und die uns endlich die Proportionalwahl für den Landtag bringe.

Reform der Zeittarten.

Das großh. Finanzministerium hat laut „Bad. Beob.“, um auch in Baden wie bei allen übrigen deutschen Staatsbahnverwaltungen den Inhabern von Monatskarten, die jetzt nur bei der Entnahme von Zeittarten für einen längeren Zeitraum erreichbare Preisermäßigung zugute kommen zu lassen, die Generaldirektion der Staatseisenbahnen mit der Umgestaltung des Zeittartentaris in einen Monatskartentarif beauftragt. Gleichzeitig hat das Finanzministerium Entschlüsse dahin getroffen, daß die Bestimmungen über die Schülerkarten für 20 Jahren nach der Richtung erweitert werden sollen, daß diese Fahrtausweise auch von Musikschülern benützt werden dürfen. Die letztere Maßnahme wird besonders von jenen Interessenten freudig begrüßt werden, denen auf Grund der bisherigen Vorschriften die Ausfolgung einer Schülerkarte zum Besuch einer Musikschule verjagt werden mußte.

Auch diese Reform zeigt wieder den absoluten Mangel an kaufmännischem Geist in unserer Eisenbahnverwaltung, die zu allen Reformen erst gezwungen werden muß. Andere Jahreskarten sind trotz der Preisermäßigung viel zu teuer, in der Schweiz sind sie um mehr als die Hälfte billiger.

Aus dem badischen Lehrerverein. Beim Vorstand des Bad. Lehrervereins ist folgender Antrag der Konferenz Mannheim eingelaufen: „Der Vereinsvorstand möge folgende nach den Wahlen die Kommission, die zur Erledigung der Aufgabe der Generalversammlung bestellt ist, zur Arbeit rufen, und es soll nach Möglichkeit noch im kommenden Jahre eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden, welche die Organisationsfrage erledigen soll.“

Die nächste Tagung der Badischen Landwirtschaftskammer findet am 27. Februar ds. Js. und die folgenden Tage in Karlsruhe statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Bericht über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer im abgelaufenen Jahre, Neuaufstellung der Satzungen und Geschäftsordnung, Aufstellung von Grund- und Arbeitsplänen, Einrichtung zur Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten, Berücksichtigung der Landwirtschaft bei der Errichtung des Murgastaffelpflanzwerkes und anderer Großwasserkräfte, Verteuerung der Tabakgruppen, Verkauf von Acker- und Wiesland zur Aufforstung, das Reichsweidengesetz und die Molkereiverträge, Festlegung von einheitlichen Bestimmungen für den Verkehr mit Milch, Handel mit Margarine, Abschluß langfristiger Lieferungsverträge im Interesse der Fleischverarbeitung, Beschädigung der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Straßburg, Vornahme von Neuwahlen und eventuelle Ergänzungswahlen zur Landwirtschaftskammer sowie die Aufstellung des Vorschlags für 1913. Die Verhandlungen der Landwirtschaftskammer sind öffentlich.

Kommunalpolitik.

Forchheim, 4. Febr. Interessenten feien auf die heute Dienstag abend in der „Rose“ stattfindende Versammlung hingewiesen, in der ein sehr erfahrener Techniker über die Elektrifizierung der Lokalbahn und ein Stadtrat aus Karlsruhe über die Vorteile, die Forchheim durch die Einverleibung zu Karlsruhe erwachsen, sprechen werden. Um eine wichtige Aussprache zu fördern, wolle man zahlreich erscheinen.

Bei den Gemeinderatswahlen in Seckenheim erhielten die bürgerliche Vereinigung (konservative, Bauernbündler und Nationalliberale) 4 Sitze, das Zentrum 2 Sitze und die Fortschrittler und Sozialdemokraten je 1 Sitz. Auf dem Rathaus sind somit vertreten: die bürgerl. Vereinigung mit 28 Bürgerausschussmitgliedern und 4 Gemeinderäten, das Zentrum mit

Wetter ließ sich prächtig an, wenn auch der Februarwind kühl wehte, graue, regenderfindende Wolken den Himmel bedeckten — es hielt sich! Die Sonne allerdings ließ sich nicht blicken, sei es, daß sie dachte: „Es wird auch ohne mich gehen“ — oder — „Immer und immer den gleichen Blödsinn zu beleuchten, macht kein Vergnügen“ — kurzum, sie war nicht sichtbar. Trotzdem konnte man sehr gutreden sein mit der Witterung; denn kein Regentropfen kam herunter.

Es wird wohl zwischen fünf und sechs Uhr nachmittags gewesen sein. Gedrängt voll war die Hauptstraße, ein Kneifenverkehr, der an Berlin erinnerte, spielte sich ab — Autos, Droshken, Radler, lautjauchzende Kinder, verummumte Gestalten, Alt und Jung, ernste, geketzte Männer, gepuderte Mädchen, Frauen — alles stand im Zeichen der Schellentappe, des Mummenschanzes, der Narretei. Gestute, Gejohle, Gepfeife erfüllte die Luft; doch sieghaft wurde diese durch Dreborgetöne übertrönt. Mächtig laut erscholl das bekannte Lied „Gupf mein Mädle, hupf“. Kein Harlekin, kein Bierrot, kein Eigel, keine Maske war es — ein in den mittleren Jahren stehender Mann — der linke Arm schulte, der rechte drehte unablässig die Kurbel, stand wie eine Bildsäule inmitten des Trubels; an einer starken Leine trug er die Orgel, die abgegriffene Mütze lag obenau, wohlthätige Gaben anzunehmen. Traurige Augen blickten aus blassem Gesichte, ein Mund, der wohl viel von Schatten, Kummer, Sorge, wenig von Sonnenchein, Licht, Freude erzählen könnte — das heißt, wenn jemand fragen wollte! Inmitten der Seiterkeit, dem pulsernden Leben, stand dieser Mann und drehte mechanisch seine Orgel. Achlos streifte die Menge an ihm vorüber, mer hatte „heute“ auch Zeit, „heute an Fastnacht“ eines Armen zu gedenken, der auf einmal, ungerufen, unerwünscht, sich als Semmich in den Weg stellte! Nein, heute brauchte man sein Geld für Blumen, Droshken, Essen — heute galt der Tag dem Prinzen Karneval!

Und immerzu, immerzu erkönte die Melodie: „Gupf mein Mädle, hupf.“ Vorübereilende sangen mit, lachten, schäkerten, machten Späßchen — langsam, ganz langsam fielen Tränen aus den traurigen Augen in dem bleichen Gesichte. Claus.

24 Bürgerausschussmitgliedern und 2 Gemeinderäten, die Fortschrittler und Sozialdemokraten mit je 10 Bürgerausschussmitgliedern und je 1 Gemeinderat.

Bei den Gemeinderatswahlen in Bühl erhielt das Zentrum 6 und die Nationalliberalen 4 Sitze. Somit hat das Zentrum mit 26 Bürgerausschussmitgliedern und 6 Gemeinderäten 41 Stimmen, die Nationalliberalen besitzen mit 26 Bürgerausschussmitgliedern und 4 Gemeinderäten 29 Stimmen.

Bürgermeisterwahlen. Bei der Bürgermeisterwahl in Göggingen wurde anstelle des zurückgetretenen Bürgermeisters Stempf Natzfleiter Nießinger gewählt. — Bei der Bürgermeisterwahl in Sattenweiler wurde der jetzige Ortsvorstand J. Rohr-Knecht wieder gewählt.

Bürgermeisterwahl in Engen. Bei der am Samstag abend abgehaltenen Bürgermeisterwahl wurde ein Resultat nicht erzielt. Der jetzige Bürgermeister Rebsin hatte sich in letzter Stunde bereit erklärt, die Wahl, falls er gewählt werde, anzunehmen. Bei der Abstimmung erhielt nun Rebsin 108 Stimmen, der Verwaltungsjunktor bei der Landesversicherungsanstalt in Karlsruhe, S. Gerold, 99 Stimmen und Bürgermeistersekretär Sifinger in Konstanz 62 Stimmen. Es hat somit ein zweiter Wahlgang stattzufinden.

Billingen. Die Spar- und Baukasse hat im Jahre 1911 einen Ueberschuß von 60 000 M. erzielt, davon sollen 47 600 M. zum Aufbau für das Realschulhaus, 1200 M. als Zulage an die Volksschullehrer, 1200 M. zum Fond für die Erstellung einer Badeanstalt verwendet werden.

Aus der Partei.

Am Denkmal Paul Singers.

Am Sonntag vormittag 10 Uhr versammelte sich eine große Anzahl Berliner Parteigenossen — es waren nur die Funktionäre der Partei geladen — am Grabe Paul Singers, um das ihm von den Parteigenossen seines früheren Wahlkreises und von Groß-Berlin geleiste Denkmal zu enthüllen. In stimmungsvoller Weise wurde die schlichte Feier durch ein Lied eingeleitet. Dann nahm der Leiter der Groß-Berliner Parteiorganisation, Genosse Eugen Ernst, das Wort zu folgenden Ausführungen:

Zwei Jahre sind vergangen, seit die Trauerbotschaft das deutsche und internationale Proletariat erschütterte: Unser Paul Singer ist tot! Hunderttausende gaben vor zwei Jahren dem toten Führer und Freunde das letzte Geleit. Hier an der Seite seiner alten Kampfgesossen Ayer und Viebnicht eingebettet, wanderten Tausende und Abertausende entsehligen Säuptes am Grabe vorüber, so der Liebe und Verehrung des ganzen Volkes Ausdruck gebend. Heute stehen wir wieder am Grabe unseres großen Toten, und noch einmal wird mit aller Gewalt nach, was uns Paul Singer gewesen. Sein Leben war ein großer, immer wachsender Kampf für die Rechte des Volkes. Wo seine Stimme erklang, da lauchten die Massen, wußten sie doch, daß dort in heißer leidenschaftlicher Liebe ihre Ideale betreten wurden, daß ein Verteidiger wahrer Menschlichkeit sprach. Wie oft hat Paul Singer Worten der Lammherzigkeit und der Nächstenliebe das Wort geredet. Wie oft hat er selbst die Tränen der Not bei Krankheit und Glend getrocknet und helfend eingegriffen. Er gab gern und freudig, und rechnete nie, wenn er gab. Nur der Liebe seines Bruders hatte er es zu verdanken, daß sein Lebensabend nicht von Sorge getrübt war. Mit unaußersöhnlichen Letztern ist der Name Paul Singers in der Geschichte der wackeligen Anstalten Berlins verzeichnet. So wäre allein schon das durch sein Andenken tief in die Herzen der Arbeiter und der Notleidenden eingegraben. Und doch war der Wunsch, Gutes zu tun, bei Paul Singer der Tugend größte nicht. Sein ganzes Leben widmete er dem arbeitenden Volke. Jede Stunde, jede Minute zerrieb er sich in Sorge um das Wohl der arbeitenden Klasse. Dieses Leben voll Güte wurde so auch ein Leben heißen Kampfes.

Schon als Jüngling schloß sich Paul Singer der demokratischen Bewegung an, hoffend, daß es ihm in diesen Reihen gelingen werde, die Menschheit von ihren Fesseln zu befreien. Und als der eifige Sturm des Ausnahmegerichtes über die Sozialdemokratie hereinbrach, als Hunderte von Familienvätern erbarmungslos von ihrer Familie gerissen, von Haus und Hof gejagt, und als die Vera der Willkür und Verfolgungen andruch, da litt es Paul Singer nicht bei der demokratischen Bewegung, da blieb er nicht beiseite stehen, er schloß sich der Arbeiterbewegung, der sein Herz lang gehörte, als aktiver Kämpfer an. In schweren Stunden der Partei, als sie von dem tödlichen Feind aufs schlimmste bedroht, als das arbeitende Volk recht und wehrlos gemacht worden, als Viele schwankend und mutlos demoralisiert, da warf sich Singer in die Schranken, um mit ganzer Kraft für die verfolgte Partei einzutreten. Seitdem ist er verwachsen mit der Arbeiterklasse, verwachsen mit dem Volke. Von diesem Augenblicke an schlang sich ein Band feisenfesten Vertrauens um Beide, das durch nichts erschüttert werden konnte. Paul Singer war ein Wächter von Pflichttreue, von unerlöschlicher Freundestreue. Daher auch der große Kreis persönlicher Freunde, der sich um ihn scharte. Aber so herzlich und verständlich Paul Singer Freunden gegenüber war, so bitter haßte er das Unrecht, das dem Volke angetan wurde. Wie oft schilderte er den herrschenden Klassen voll heiligen Zornes die Not und das Glend des arbeitenden Volkes. Als Paul Singer 1886 im Reichstag die Feindnis der herrschenden Zustände geißelte, da wußten die Bestäubten keine andere Antwort, als ihn hinauszuweisen aus der Stadt, deren Mitverwaltung er sich lange Jahre in selbstloser Weise geopfert hatte. Feinlos gemacht, diente er mit verdoppelter Eifer dem arbeitenden Volke, und das arbeitende Volk hat ihm seine Treue nicht vergessen, die auch durch die Nechtung nicht angefochten werden konnte; das Volk feste Treue um Treue. Als Niedertracht und Lüge verjuchten, den kauernden Charakter zu schmähcn und zu besudeln, als politische Nachschicht ihn mit giftigem Haß verfolgte, da fanden die Massen in unwandelbarer Liebe und Treue zu Paul Singer, und sie stehen zu ihm über das Grab hinaus. Die Genossen des vierten Kreises und von Groß-Berlin ruhten nicht, bis sie über Liebe und Verehrung für den Toten in einer für alle Welt sichtbaren Weise Ausdruck geben konnten. Das Denkmal, das als ihr Werk hier steht, soll ein Mahnruf an die Jüngeren sein, fest zu stehen in dem Ziel, für das Paul Singer sein Leben lang gekämpft. Einfach und schlicht wie dieser tote ist sein Denkmal. Doch auferachtet steht der Obelisk da, als Symbol des Lebens dieses Mannes. Fest im Boden begründet blickt es weit hinaus in die Ferne, als lähe es bereits den Tag nahen, der der tote so sehnsüchtig herbeigewünscht, den Tag der Völkervereinheit und des Völkerglücks. Wir danken nochmal unserem Paul Singer für die Sorgen, die er um das Volk gehabt, für die Liebe, die er dem Volke gemidmet, für den harten Kampf, den er unermüdet geführt, damit das Richterwort Wahrheit werde: Ein freies Volk auf freiem Grund!

Nach dieser aus dem Herzen kommenden Ansprache fiel die Stille und zeigte das Denkmal Paul Singers: einen sechs Meter hohen Obelisk aus Lavastein. An der Vorderseite dieses unübersehbar schlicht wirkenden Steines befindet sich das Bonaparteilich Paul Singers. Das Grab Paul Singers selbst ist mit einer großen Anzahl von Kränzen geschmückt, die ihm von Arbeiterorganisationen gewidmet wurden. Ein Gefangener stimmte das bekannte Lied: „Ein Sohn des Volkes“ an und damit hatte die ernste, erhebende Feier ihr Ende erreicht. In unerschöpflichen Reihen pilgerten die Parteigenossen vor dem Denkmal vorüber, ihr Haupt neigend und im finsternen Schmerz des großen Toten gedenkend.

Seite 2
... erörtert
... Verein
... abgeord-
... folgt
... die Abwe-
... ndigste und
... hegt deshalb
... erale Partei
... Wahl und
... den Wagne-
... hat, da von
... e politischen,
... die Br-
... chlands ab-
... die Natio-
... tagdeburger
... die Wahl-
... schäftslich-
... schuß zu tun
... jungtbe-
... bund-Presse
... lamentärer
... n-politischen
... rnfte ge-
... schuß zu tun
... Vorstehenden
... Kauff-
... erklärt, die
... a m m und
... diese Weise
... eeffentlichkeit
... r Kaiser hat
... in Burg
... von 50 M.
... ft folgende:
... des Militär-
... 14 Schlach-
... fols von 10
... den Verhält-
... beiseite wur-
... dlicht verlor.
... te der Frau
... eute mußten
... rationskosten
... verkaufen.
... der Hauptbe-
... Dabot und
... rchtete der
... at eine Um-
... der Betrag
... von 80 M.
... als Klaffsch
... tat begann:
... Haupt,
... ent!“
... rd oben er-
... ch ein solches
... ede, welcher
... in das schon
... en dann erst
... n!
... Ausländern.
... einbringen.
... durch Bunkers
... Wächten Sie
... und sie drei-
... beidseitigkeit
... die sich Bunker
... es eine be-
... über ein Ar-
... Wetter soll-
... nigen, die in
... gleichwohl
... rmen Quar-
... nbar, Herr
... f die herans-
... rischer Fond-
... Auftrag aus-
... e recht ge-
... von einer
... en könne?
... Herr Bün-
... uchen, Ihnen
... in nächster
... aus. „Aber
... eine Empfeh-
... zu erklären,
... ch von jeder
... ern entfernte
... agte Angela
... Arbeiten in
... e so ganz
... Mädchen.
... Vater,“ und

Die „Karlsruher Eisenbahngesellschaft“ und ihre Gründer.

Nachlese.

Casseler und Karlsruher Gründungsgeheimnisse.

In seiner kleinen Broschüre „Die Zukunft kommunaler Betriebe“ führt der frühere Oberbürgermeister Otto Wippermann Seite 35 an, daß im Jahre 1910/11 nach der Statistik der Vereinigung der Elektrizitätswerke 271 Elektrizitätswerke, die nicht rein privaten Zwecken dienen, in Deutschland bestanden hätten, davon 144 im Besitz von Kommunen, 127 Privatunternehmungen. In Straßenbahnunternehmungen seien es im Jahr 1909 im ganzen 273 gewesen, von denen 150 nicht von öffentlichen Korporationen betrieben wurden. Nach der in den Aufsätzen über die „Karlsruher Eisenbahngesellschaft und ihre Gründer“ gegebenen Feststellung gehörten am 31. Dezember 1912 allein 58 Elektrizitätswerke als Eigentum oder Pachtbesitz dem A.E.G.-Konzern, 61 dem S.W.-Konzern an, gibt zusammen 119, und es waren die beiden Konzerne außerdem an 25 + 17 = 42 weiteren Elektrizitäts- und Straßenbahnunternehmungen privater Natur beteiligt, so daß ihre Konzerne ohne die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen bereits mindestens 119 + 42 = 161 Werke und Bahnen umschlossen. Die Gründung der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, wie der Elektrizitätswerke Rheinheffen in Worms und der Holzwerke in Ludwigshafen einerseits, der Rheinischen Eisenbahngesellschaft in Mannheim und der Hessischen Eisenbahngesellschaft in Darmstadt andererseits, und all der anderen an jener Stelle näher erörterten gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen gab die Möglichkeit, auch die kommunalen Kräfte und die kommunalen Interessen den Zwecken der beiden Konzerne dienstbar zu machen und gleichzeitig diese beiden Konzerne durch Vermittlung von Hugo Stinnes und seiner Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke A.G. in Essen und seiner Süddeutschen Eisenbahngesellschaft mit diesem dritten Konzern zu verbinden und sich dadurch weitere 13 Unternehmungen aus dem Gebiete des Elektrizitäts- und Straßenbahnwesens anzugliedern. Die Vergleichung mit den von Wippermann gegebenen Zahlen zeigt, welche enormen Fortschritte die Verstrickung in diesen 2 Jahren gemacht hat und vor welcher Gefahr des Erdricktwerdens von den Privatmonopolen die deutschen Kommunen und damit das ganze deutsche Volk heute stehen. Jeden Moment wachsen neue, den Zwecken der Kräftegenossen dienende Unternehmungen und Gesellschaften aus dem Boden, und neben Karlsruhe, wo die Gründung der Karlsruher Eisenbahngesellschaft einmüßiger noch energischer Widerstand begegnet, sind es vor allen Dingen die eben in diesem Moment sich abspielenden Ereignisse in Cassel, welche zur Vergleichung sowohl für Karlsruhe, wie für jede deutsche Stadt in ähnlicher Lage herangezogen werden können und herangezogen werden müssen. Am Samstag, den 18. Januar 1912, wurden die Casseler Stadtverordneten durch Ueberwindung der Vorlage und die Mitteilung überbracht, daß sie am Donnerstag, den 23. Januar 1912, also ganze 5 Tage später, darüber zu beschließen haben würden, ob die Stadt Cassel mit der A.E.G. eine Aktiengesellschaft gründen und in diese auf 50 Jahre ihre beiden kommunalen Elektrizitätswerke einwerfen solle. Die Zumutung, innerhalb fünf Tagen einen Vertrag über eine so wichtige Angelegenheit, zu dessen Vorbereitung monatelange Geheimverhandlungen stattgefunden hatten, zu prüfen und abzuschließen, war eine etwas starke, und die Erregung hierüber kam auch in der Öffentlichkeit in deutlichen Worten zum Ausdruck. So enthält die bürgerliche Zeitung „Hessische Post und Casseler Stadtanzeiger“ Nr. 23, 2. Blatt vom 23. Januar 1912 eine Reihe von Artikeln von verschiedenen Seiten, in denen mit scharfen Worten die „Geheimnisfrämerei“ und das „Eiltempo“ gegeißelt werden und dem tiefen Mißtrauen weiter bürgerlicher Kreise über dieses Vorgehen Ausdruck gegeben wird. Die Leser erinnern sich, daß auch in Karlsruhe die Verhandlungen zwischen dem Oberbürgermeister und der „Städtischen Verkehrskommission“ einerseits, Herrn Hugo Stinnes und der Rheinischen Schulfertgesellschaft andererseits viele Monate hindurch „geheim“ geführt worden sind, bis es endlich dem immer wiederholten Drängen der sozialdemokratischen Mitglieder gelang, dieses Geheimnis zu brechen und den Oberbürgermeister zur Veröffentlichung seiner Denkschrift zu zwingen, welche der Gesamtbürgerchaft über die geplanten Maßnahmen die Augen öffnete und ihr die Möglichkeit gab, das Projekt einer eingehenden öffentlichen Diskussion zu unterziehen.

Auch in Cassel soll die Entkommunalisierung der beiden gutgehenden städtischen Elektrizitätswerke schmachtet gemacht werden durch eine Reihe von angeblichen pekuniären Vorteilen für die Stadt sowohl, wie für die einzelnen Elektrizitätsbezieher. Auf diese Punkte einzeln einzugehen, ist hier nicht erforderlich; wohl aber kann festgestellt werden, daß auch in Cassel in den verschiedensten Kreisen Klarheit darüber herrschte, daß es sich bei der Gründung dieser Aktiengesellschaft lediglich um einen weiteren Schritt auf der Bahn der Monopolisierung und Verstrickung des deutschen Elektrizitätswesens durch die beiden großen Konzerne handle. So sah sich der Hessische Bezirksverein deutscher Ingenieure veranlaßt, in einer Resolution auf Grund eingehender Verhandlung vor dem Abschluß der Gründung an warnen und besonders darauf hinzuweisen, daß zweifellos die Erzeugung und Verwertung elektrischer Energie für die Zukunft eine wirtschaftliche Bedeutung erlangen werde, deren Tragweite sich heute noch nicht übersehen läßt, weshalb das Festlegen auf einen so langen Zeitraum in hohem Maße bedenklich erscheinen muß. Und in der gleichen, bereits zitierten Nummer der „Hessischen Post“ wurde ausgeführt, daß die neue Gründung sich auch als ein Versuch darstelle, das eben in der Beratung befindliche brennende Gesetz über den Ausbau der Wasserkräfte in seinen Wirkungen illusorisch zu machen. Für uns in

Baden ist folgender Passus interessant: „Den Elektrogrößen sind die staatlichen Kraftwerke ein Dorn im Auge. Sie versuchen, sie mit allen Mitteln zu hinterziehen, da Staatswerke ihren eigenen Monopolbestrebungen naturgemäß hindernd im Wege stehen. So haben die Großfirmen ein wahres Kesseltreiben gegen die staatliche Wasserkraftausnutzung in Bayern veranstaltet. Es ist ihnen leider auch gelungen, die Pläne des bayerischen Staates zu durchkreuzen und den staatlichen Ausbau der Wasserkräfte zu verzögern. Nicht gelungen ist ihnen dies in Baden, wo sie ebenfalls gegen die Errichtung eines staatlichen Wasserkraftwerkes an der Murg vorgehen. Ihre Machinationen werden deutlich gekennzeichnet durch die Ausführungen des bayerischen Ministers des Innern v. Bodman in der Budgetkommission der zweiten badischen Kammer. Er sagte: Es liege im öffentlichen Interesse, daß die gegen dieses Projekt gerichteten Pläne der elektrischen Großindustrie und des Großkapitals durchkreuzt werden.“

Was in Cassel zunächst äußerlich besonderen Eindruck machte, war, daß der Vertrag auf 50 Jahre abgeschlossen werden sollte. Dem gegenüber erscheint das Karlsruher Projekt zunächst weniger einschneidend, da nach diesem die Stadt Karlsruhe schon nach Ablauf von 30 Jahren das Recht haben soll, die Gesamtanlagen und das Gesamtvermögen der neu gegründeten Gesellschaft zu übernehmen. (Denkschrift des Oberbürgermeisters Seite 21 und Gründungsvertrag A § 15.) Allein bei näherer Betrachtung der Karlsruher Entwürfe zeigt sich, daß die Stadt Karlsruhe durch ihre Verträge genau so auf 50 Jahre gebunden sein wird, wie die Stadt Cassel auf 50 Jahre gebunden werden soll. Merkwürdig kann nach dem zitierten § 15 des Karlsruher Gründungsvertrags die Stadt Karlsruhe schon nach Ablauf von 30 Jahren die vorhandenen Anlagen bezw. das Gesamtvermögen übernehmen, allein zu einem Preise, welcher einfach unerschwinglich ist und namentlich wenn man die sonstigen Kosten unserer Kommunen in ihrer gegenwärtigen raschen Zunahme betrachtet, in 30 Jahren niemals aufgebracht werden kann. Schon heute repräsentieren die vorhandenen städtischen Anlagen ein Anlagekapital von rund 10,5 Millionen Mark und einen Nutzungswert von rund 20 Millionen Mark (vergl. Gegenentschluß S. 5 und Seite 13). Die Spät-Darmstädter Bahn, welche von der „Süddeutschen“ erworben werden soll, repräsentiert ein Anlagekapital von 1,9 Millionen Mark. In diese Unternehmungen sollen nun im Laufe der nächsten Jahre hineingekauft werden ein bares Aktienkapital seitens der Stadt Karlsruhe von 4,08 Millionen Mark, seitens der Rheinischen Schulfertgesellschaft ein solches von 1,68 Millionen Mark und ein Obligationenkapital von 15 Mill. Mark, zusammen also 21 Millionen Mark. Es ist ohne weiteres klar, daß wenn diese 21 Millionen Mark zu den bereits vorhandenen Anlagen und Nutzungswerten hinzukommen und sachgemäß verwendet werden, daß dann das Gesamtunternehmen in 30 Jahren einen Sach- und Nutzungswert repräsentiert, der geradezu imaginär ist und den die Stadt Karlsruhe, welche heute Bedenken trägt, das Risiko einiger Millionen selbständig aufzuwenden, im Jahr 1943 normaler Weise unter gar keinen Umständen aufbringen kann, um sich die Unternehmungen, nachdem ihre hineingesteckten Straßenbahn- und Elektrizitätsanlagen längst ausgenutzt sind, in dem Zustand des Jahres 1943 wieder zu Eigentum zu erwerben. Nach dem zitierten § 15 soll die Stadt Karlsruhe im Jahre 1943 bezahlen müssen „die Summe des halben Sachwertes und des halben Nutzungswertes“, nach 40 Jahren zwei Drittel des Sachwertes und ein Drittel des Nutzungswertes, und nach 50 Jahren lediglich den Sachwert, immer nach Abzug des Wertes der im Eigentum der Stadtgemeinde verbliebenen Grundstücke und Gebäude. Selbst der bloße „Sachwert“ wird, wenn die Gesellschaft einigermaßen geschickt operiert, nach 50 Jahren immer noch ein derart enorm hoher sein, daß auch dann der Rückwert der Unternehmungen für die Stadt Karlsruhe eine nur schwer zu machende Mühe sein dürfte. In eine Rückübernahme nach 30 oder 40 Jahren unter diesen Bedingungen ist überhaupt vernünftigerweise nicht zu denken. Es ergibt sich mithin, daß die Stadt Karlsruhe genau in derselben Weise tatsächlich auf 50 Jahre gebunden werden soll und gebunden sein wird, wie die Stadt Cassel.

Eine Vergleichung der den beiden Städten angebotenen Gegenleistungen zeigt folgendes: Die Stadt Karlsruhe soll bekanntlich erhalten:

1. jährlich eine Rente, welche den Reinerträgen ihrer Werke im Jahre 1912 entspricht. (Da die Straßenbahn infolge des zu teuren Ankaufs und der hohen Extrabehreibungen immer noch keine reine Rente abwirft, kommt hier nur der Reinertrag des Elektrizitätswerkes in Betracht, der 1911 239 000 Mk. ausgemacht hat und für 1912 auf circa 300 000 Mk. geschätzt wird.)
2. Jährlich eine Rente von 5 Proz. des Wertes der Grundstücke und Gebäude, und
3. 40 Jahre lang den Betrag, welchen die Stadt im Jahr 1912 für Verzinsung und Tilgung der für Straßenbahn und Elektrizitätswerk aufgewendeten Anlehensmittel auszugeben hat, nach dem Vorschlag pro 1912 (S. 109) beim Elektrizitätswerk 245 642 Mk. und (Seite 117) bei der Straßenbahn 503 289 Mk., zusammen 748 931 Mk.

Dazu muß aber die Stadt Karlsruhe neben der Ueberlassung ihrer Bahn und ihres Elektrizitätswerkes zur „Nutzung“ 4,08 Millionen Aktienkapital in bar aufbringen und für 15 Millionen Obligationen die Bürgerschaft übernehmen, wovon das Aktienkapital sie mindestens 4 Proz. = 163 200 Mk. pro Jahr kostet, ohne daß die Gewähr einer Dividende gegeben ist.

Die Stadt Cassel dagegen erhält (nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“, Abendblatt vom 21. Januar 1912, Seite 2) zunächst durch die Einbringung ihrer beiden Elektrizitätswerke ihren hälftigen Anteil an dem Aktienkapital von insgesamt 6 Millionen Mark als mit 3 Millionen Mark geleistet anerkannt, braucht also keinerlei baren Zuschuß zu leisten, während die A.E.G. ihrerseits 3 Millionen Mark in bar einbringen muß. Auch in Cassel bleiben die Grundstücke und die Gebäude städtisches Eigentum, aber die Stadt erhält dafür, daß sie ihr Leitungsnetz und ihre Betriebseinrichtungen einbringt, außerdem

3 Millionen Mark 4 1/2prozentige Obligationen, das sind pro Jahr 135 000 Mk., und außerdem auf 8 Jahre eine Dividendengarantie von 5 Proz., d. h. also weitere 150 000 Mark garantierte Dividenden, die nicht durch Schuldzinsen für geliehenes Aktienkapital aufgezehrt werden, und außerdem eine jährliche Zahlung von 200 000 Mark in bar,

und schließlich noch die kostenlose Lieferung der Straßenbeleuchtung mit 100 000 Mk., zusammen also rund 600 000 Mark jährlich.

Daß die A.E.G. der Stadt Cassel diese Bedingungen eingeräumt hat, beweist, wie groß das Interesse der Konzerne an der „Elektrischen Eingemeindung“, wie das neueste, von der A.E.G. gebrachte Schlagwort heißt, der Großstädte in den Bereich der Konzerne ist. Im übrigen bedürfte es natürlich der Prüfung im einzelnen, um festzustellen, welche Vorteile sonst noch die A.E.G. für die Einräumung dieser Bedingungen sich ausbedingen hat, und es soll überhaupt durch die vorstehenden Feststellungen in keiner Weise dem Urteil in der Richtung vorgegriffen werden, ob wirklich der Casseler Vertrag, wenn man ihn ganz kennt und in allen seinen finanziellen und wirtschaftlichen Einzelheiten verfolgen kann, noch so viel vorteilhafter gegenüber dem Karlsruher Projekt ist, wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag. Die Frage, ob die A.E.G. oder ob Siemens-Schubert und Stinnes im einzelnen Fall der Stadtgemeinde, mag sie nun Cassel oder Karlsruhe oder sonstwie heißen, einen günstigeren oder ungünstigeren Vertrag aufzubringen vermag, ist auch an sich vollständig gleichgültig; auch dann, wenn der Vertrag noch so günstig für die Stadtgemeinde gefaltet erscheint, bringt er für diese eine Niederlage, sobald sie nicht wie Straßburg und Essen fremde Werke oder Bahnen, die sie einstweilen nicht ganz erwerben kann, zur Hälfte wenigstens an sich bringt, sondern umgekehrt eigene, bisher blühende oder Entwicklung versprechende selbständige Unternehmungen ganz oder teilweise aufgibt und sich damit selbst einreißt in der Kreis derer, welche darauf ausgehen, in ihrem Monopol- und Trübsüßerei die selbständige wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kommunen zu hemmen und zu unterbinden. In dem heute bereits heiß entbrannten Kampfe des deutschen Volkes und der deutschen Einzelstaaten gegen diese Monopol- und Trübsüßerei wäre es gerade Aufgabe der Kommunen mit eigenem Regiebetrieb, in der vorbersten Reihe der Kämpfer für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung zu stehen. Verlagen sie in diesem Kampfe, sei es aus falsch verstandenem pekuniärem Interesse, sei es aus Angst vor der drohenden Uebernahme, so begeben sie damit einen Verrat an der Volksgemeinschaft, und sie laden die Schuld auf sich, wenn die Umstrickung des deutschen Volkes durch derartige ganze und halbe private Monopole, deren schließlicher Zweck doch immer nur die private eigennützigere Ausbeutung der vorhandenen natürlichen und wirtschaftlichen Schätze der Gesamtheit sein kann und sein muß, immer enger und erdrückender wird.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 4. Febr.

Der Karlsruher Verkehrsverein

Am Freitagabend im großen Rathhauseaal seine Hauptversammlung ab. Herr Oberstadtrat Rother gab den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich im Laufe des Jahres auf 666 gehoben. Die Tätigkeit des Vereins war eine sehr intensive. Es wurden 964 Führer durch Karlsruhe abgeleitet. Die Zahl der Auskunftsstunden betrug 7804. Druckloschen auswärtiger Städte und Kurorte wurden in 2000 Exemplaren abgegeben. Der Verein ist im Besitz der Adressbücher von 48 größeren Städten, die täglich von einer Reihe von Personen eingesehen werden. Aus 100 auswärtigen Städten wurden spezielle Auskünfte erteilt. Eine Filialauskunftsstelle ist der Zeitungsbüro am Hotel „Germania“. Der Verein steht mit dem internationalen Verkehrsverein in Verbindung. Es soll im Laufe des Jahres nach dem Vorbild anderer Städte ein Spezialführer über Karlsruhes Handel und Wandel zur Ausgabe gelangen. Eine Hauptaufgabe des Vereins ist die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Der Verein hat diesbezüglich stets mit der Generaldirektion und bezüglich der städtischen Straßenbahn mit der Stadtverwaltung Fühlung genommen. Auch macht sich der Verein zur Aufgabe, daß Karlsruhe mehr dem Verkehr zu Wasser angehöre.

Die Verhältnisse sind nicht besonders rosig zu nennen. Der Verichterfasser betont, daß der Verein ohne die Unterstützung der Stadt nicht in der Lage wäre, feiner Aufgabe gerecht zu werden. Nach dem Vorschlag für das laufende Jahr der Verein ein Defizit von 800 Mk. zu erwarten und 1000 Mk. hat er sich schon an dem städtischen Beitrag auf Voranschlag lassen, sodas, von einer Schuld von 1800 Mk. gesprochen werden muß. Der Vorstand glaubt diese Verhältnisse in Wäde ändern zu können, vor allem durch eine umfassende Agitation zur Werbung neuer Mitglieder. Es muß unumwunden anerkannt werden, daß der Verein eine rührige Tätigkeit entfaltet. Er verdient für seine im Dienste der Stadt und im Interesse der Stadt geleistete Arbeit die Unterstützung aller Bevölkerungskreise. Wir können dem Vorsitzenden nur beipflichten, wenn er meint, daß eine Mitgliederzahl von 1000 für eine Stadt wie Karlsruhe das mindeste wäre, was zu erwarten sei.

Begen Bettel verhaftet.

Es bergeht fast kein Tag, wo der Polizeibericht nicht eine oder mehrere Verhaftungen wegen Bettel und Landstreicherei zu melden weiß. Die Polizei handelt nach dem Wuchstatute des Gesetzes und die zuständige Behörde wird weiter dasselbe tun. Im kapitalistischen Staat darf es eben nicht ein, daß der Bürger durch die Armen der Landstrafe befreit wird. Meistens sind es solche, denen das Klassenbewußtsein fremd ist und die deshalb zur rechten Zeit den Anschluß an die Berufsorganisation verpaßt haben. Eine Mahnung an alle jungen Leute, von denen keiner weiß, wenn sie das Schicksal in ähnliche Lage verlegt. Ist einer aber schon des Bettels wegen bestraft, dann befindet er sich schon auf der schiefen Ebene, die leicht zum Verbrechen führt, von der es dann nur schwer ein Zurück gibt. Schließt euch der Organisation an, ihr jugendlichen Arbeiter, sie gewährt euch auch in dieser Lage Schutz und bewahrt euch davor, daß ihr euch mit dem kapitalistischen Kainszeichen des Bettels befaßt. Alle Gewerkschaften haben teils mehr, teils weni-

* Berlin 1912, Verlag von Julius Springer.

** Die Beschlußfassung wurde inzwischen vertagt.

Preis, das Zentrum mit einer gewissen tiefen kleinen Straße zu tun? Wo soll da der Weg stehen? Wir würden dem Eisen für künftige Fälle empfehlen, keinem Redner Wortwahlmacht zu geben und sich alle Vorträge erst vorlegen zu lassen. Die Veranstaltung kann dadurch nur gewinnen. Auch war die Veranstaltung viel zu lang. Von 4 bis 7 Uhr oder höchstens 8 Uhr hätte auch genügt. Es braucht nicht 10 Uhr zu werden.

Residenztheater. Den Höhepunkt des neuen Programms bildet untrüglich der Film „Königin Luise“ mit Frä. Hanna Arnstadt vom Reg. Schauspielhaus in Berlin in der Titelrolle. Dieser zweifelhafte Film hat eine Spieldauer von 3/4 Stunden und gehört wohl zu den besten Werken der Kinokunst. Außerdem kommen natürlich auch komische und ernste Aufnahmen zur Vorführung, unter denen das russische Drama „Das Mädchen ohne Mitleid“ besondere Erwähnung verdient.

Die Sonderaufführungen, welche nachmittags im Residenztheater speziell für Schüler und Militär stattfinden, haben sich als sehr zugängig erwiesen. Nachdem bereits seit Samstag der Klassenweise Besuch aus der Volksschule begonnen hat, werden nun auch die Schüler der Mittel- und höheren Schulen folgen.

Fußballsport. Das einzige Ligaspiel, welches am vergangenen Sonntag in Stuttgart zwischen dem Karlsruher F.V. und den Stuttgarter Sportfreunden ausgetragen wurde, endete unentschieden mit 1:1 Toren. Mit dem Ausgang dieses Spiels ist nunmehr die seit vielen Jahren behauptete Meisterschaft des Südturms endgültig für Karlsruhe verloren.

Der Balkan-Konflikt.

Kriegsvorbereitungen.

Durazzo, 3. Febr. Von der serbischen Armee sind gestern 1300 Mann mit reichlichem Proviant eingezogen worden. Man nimmt an, daß sie sich nach Mesio begeben, um sich mit den anderen Streitkräften zu vereinigen und dann gegen Skutari vorzurücken, um gemeinsam mit den Montenegrinern zum Sturm gegen Skutari vorzugehen.

Belgrad, 3. Febr. Dem neuesten Abkommen zwischen den Verbündeten gemäß haben, wie die Zeitung „Pravda“ behauptet, die serbischen Truppen den Bulgaren bei Tschataldja und den Montenegrinern bei Skutari Hilfe zu leisten. Das erste Aufgebot der Drinadivision ist daher vorläufig über Tharibrod nach Bulgarien aufgebogen, das zweite Aufgebot derselben Division ist von Mesio und Durazzo nach Skutari mit der Haubitzenbatterie abgegangen.

Die Stimmung in Belgrad.

Belgrad, 3. Febr. Die serbischen Friedensunterhändler kehren heute aus London nach Belgrad zurück. Einem Mitarbeiter der „Politika“ gegenüber äußerte sich der Gesandte Nikolic dahin, der Waffenstillstand trage viel Schuld an den Mißerfolgen der Londoner Verhandlungen, denn in diesem eigentlich nur ein Abkommen zwischen den Heerführern darstellenden Verträge hätten alle Bürgschaften für einen Erfolg der Verhandlungen gefehlt. An eine Eröffnung der Feindseligkeiten für heute abend glaube er nicht. Sie könnten ebensfalls morgen früh aufgenommen werden, falls nicht noch in der Türkei bis dahin eine Umwälzung eintrete. — Die serbische Regierung fragte bei der Verwaltung der türkischen Staatsschulden an, unter welchen Bedingungen diese bis auf weiteres in den eroberten Provinzen ihre Tätigkeit fortsetzen wolle.

Die Friedensmöglichkeiten.

Berlin, 1. Febr. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ schreibt in ihrer Wochenschau:

In dem Augenblick, da diese Zeilen erscheinen, ist die Hoffnung noch nicht geschwunden, daß es nach den letzten Erklärungen der Mächte dem einseitigen Bemühen der Großmächte gelingen könnte, erneutes Blutvergießen zu vermeiden. Ueber den Ernst der europäischen Friedensbestrebungen können die Türkei und die Balkanstaaten nach den beiden Teilen zugehenden wohlgemeinten Ratsschlüssen nicht im Zweifel sein. In dieser Einwirkung werden die Mächte nicht nachlassen. Sollten wider Verhoffen die Feindseligkeiten abermals beginnen, so steht schon jetzt fest, daß in diesem Falle die Mächte auch für den zweiten vorausichtlich nur kurzen Teil des Balkankrieges neutrale Zurückhaltung beobachten und jede Sonderunternehmung vermeiden werden, wodurch die Beschränkung des Kampfes auf seinen Herd erleichtert werden könnte.

Salonik, 4. Febr. Die 1. und die 7. Kavalleriedivision ist durch Einstellung weiterer aus Athen eingetroffener Truppen beinahe wieder auf ihre ursprüngliche Stärke von 20 000 Mann gebracht worden.

Konstantinopel, 4. Febr. Die Militärbehörden betreiben eifrig die Regulierung von Pferden und Wagen für die Militärtransporte. Der Großvezir hatte gestern vormittag eine längere Unterhaltung mit dem französischen Botschafter.

Letzte Nachrichten.

Eine Zurückweisung.

Karlsruhe, 3. Febr. Die „Karlsruh. Zeitung“ schreibt: Nach Zeitungsberichten hat in der 122. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 31. Januar 1913 der freikonservative Abgeordnete v. Kardorff sich folgendermaßen geäußert: „Die Liberalen haben ein anderes Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Sie verlangen eine vollstimmliche Politik und für die Freiheit eine möglichst breite Basis. Man ist diesen Weg gegangen, erfreulicherweise nicht bei uns. Baden hat sich auf die schiefere Ebene einer demokratischen Wahlreform begeben, und während seit 1903 im ganzen Reich die sozialdemokratischen Stimmen um rund 30 Proz. wuchsen, wuchsen sie in Baden mit seiner vollstimmlichen Politik um 65 Proz. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie in Baden zur ausschlaggebenden Partei geworden ist und daß ich von einem badischen Minister Vorberträge gewunden wurden.“

Wenn diese Reue so gelautet hat, so muß sie als eine unbefugte Einmischung in badische Landesangelegenheiten betrachtet werden. Sie entspricht aber überdies nicht den Tatsachen. Der Artikel weist dann auf Grund der amtlichen Reichsstatistik über die Reichstagswahlen nach, daß die sozialdemokratischen Stimmen von 1903 bis 1912 im Reich um 41,17

Proz., in Preußen um 45,89 Proz. und in Baden um 62,08 Proz. zugenommen haben und daß in einzelnen preussischen Provinzen die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen teils höher ist, teils sich in der gleichen Steigerungsziffer bewegt wie in Baden. Der Artikel fährt dann fort: Auch daß ein badischer Minister der sozialdemokratischen Partei Vorberträge gewunden habe, entspricht nicht den Tatsachen. Es bezieht sich diese Bemerkung offenbar auf eine Wendung in der Rede des Ministers des Innern am 13. Juli 1910. Der Sachverhalt ist aber schon so eingehend klargestellt worden, daß sich ein nochmaliges Eingehen hierauf erübrigt.

Ein sozialdem. Landtagspräsident.

Helsingfors, 3. Febr. Zum Präsidenten des Landtags wurde mit 80 Stimmen der Sozialdemokrat Lofoi gewählt. Der frühere Präsident Svinhufvud erhielt 68 Stimmen.

Die persische Revolution.

Teheran, 3. Febr. Anhänger Salar-ed-Dauleh sind, wie gemeldet wird, in Mianeh angekommen. Sie haben die Straße verbarriadiert und die Telegraphendrähte durchgeschnitten. Dem Vernehmen nach wird es Salar-ed-Dauleh nicht gestattet werden, Orte zu betreten, welche von russischen Truppen besetzt sind.

Öffentl. Sitzung des Groß. Schöffengerichts.

In der Privatklage des Stadtrats der Stadtgemeinde Karlsruhe gegen Johann Reimüller, Verbandssekretär in Karlsruhe, wegen Verleitung des Straßenbahndirektors Bussebaum in Karlsruhe. Nach Schluß der Beweisaufnahme gibt der Angeklagte folgende Erklärung ab: Durch das Ergebnis der Beweisaufnahme habe ich mich davon überzeugt, daß die Beschuldigungen, die ich in den von mir verfaßten, im „Straßenbahner“ und im „Volkfreund“ veröffentlichten Artikeln gegen Herrn Straßenbahndirektor Bussebaum erhoben habe, tatsächlich unbegründet sind. Ich erkläre, daß jene Beschuldigungen von mir auf Grund von Informationen erhoben wurden, die ich für zuverlässig halten zu dürfen glaubte. Ich bedauere, den Herrn Straßenbahndirektor Bussebaum durch die bezeichneten Veröffentlichungen in seiner dienstlichen und menschlichen Ehre angegriffen zu haben und nehme die erhobenen Beschuldigungen zurück, also insbesondere die Beschuldigungen, daß Herr Straßenbahndirektor Bussebaum auf das Zustandekommen eines Streiks des Straßenbahnpersonals hingearbeitet habe, daß er gegenüber dem Personal einen förmlichen „Spießdienst“ eingerichtet habe, daß er dem Straßenbahnpersonal gegenüber erklärt habe: „Wenn erst die Straßenbahn im Besitz einer Privatgesellschaft ist, dann reden wir anders miteinander!“, daß er unzulässigerweise Geschenke von Untergebenen angenommen habe, daß er noch brauchbare Straßenbahnwagen zum Nachteil der Stadt als Material veräußert und durch andere technische Anordnungen bei seiner Geschäftsführung die Interessen der Stadt geschädigt habe. Ebenso anerkenne ich, daß die Vorwürfe der Mißtrau bei der Verhängung von Strafen und ungebührlichen Verhaltens gegenüber dem Personal nicht aufrecht erhalten werden können.

Ich erkläre mich bereit, die Kosten des Verfahrens zu tragen und eine Buße von 200 Mk. — zweihundert Mark — in die Wohltätigkeitskasse zu zahlen.

Jur. Vogelanbänger:
Karlsruhe, den 30. Januar 1913.
Gerichtsschreiber des Groß. Amtsgerichts Cl.
L. S. gez. Preißhaupt.

Wasserstand des Rheins.

4. Februar.
Schusterinsel 1,98 m, gest. 17 cm, Rehl 3,01 m, gest. 1 cm.
Maxau 4,89 m, gest. 17 cm, Mannheim 4,88 m, gest. 40 cm.

Verantwortlich: für Politik Wilhelm Kolb; für Lokales, Romantisches und Feuilleton Hermann Winter; für den übrigen redaktionellen Teil Hermann Kadel; für die Inserate Karl Siegler; alle in Karlsruhe, Dutsenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

10. Reichstagswahlkreis. Mittwoch, 5. Febr., abends 8 Uhr, im Buxau Baumeisterstr. 50 Vorstandssitzung. 5026,2 Karlsruhe. (Gesangverein „Harmonie“.) Heute abend von 6 1/2 Uhr ab gemüthliches Beisammensein im Lokal unter Mitwirkung des Vereinsvorsitzenden. Das Erscheinen aller männlich gesinnten Mitglieder ist Bedingung. 5107
Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Heute nachmittags von 4 Uhr an männliche Turnerschaft in der Gewerkschaftszentrale. 5115
Karlsruhe. Straßensleute der Südstadt. Am Donnerstag, den 5. Februar, abends halb 9 Uhr, findet eine Versammlung der Straßensleute im Parteisekretariat, Baumeisterstraße 50, Stb., statt. Alle Theilnehmer müssen erscheinen. 5118 Die Bezirksleitung der Südstadt.

Geschäftliches.

Die Säuglinge stehen jetzt im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Wenn man über ihre künftige Ernährung spricht, so wird man in den meisten Fällen auch den Namen „Sufete“ hören, denn dieses Wort hat während der langen Zeit seines Bestehens seine Vorzüglichkeit erprobt. Es ist nahrhaft und leicht verdaulich, enthält die nötigen Nährstoffe für den kindlichen Organismus in der richtigen Zusammenfassung und von den Kindern gern genommen und ist durch seine Ergiebigkeit billig im Gebrauche.

... Rosinennus Malzbröckchen
ist vorzüglich und darf in
unserm Lande nicht
fehlen.

Ueber 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen

Neue spanische Weinhalle

Restauration z. **Alten Fritz**
Wilhelmstrasse 13.

Empfehle meine naturreine deutsche, sowie spanische Weine, per Liter v. 70 Pfg. an, bei Abnahme von 10 Ltr. entsprechend billiger.

Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit, guten bürgerlichen Mittag- und Abendessen in und ausser Abonnement.

Wo zu höll. einladet
Karl Ritter.

NB. Den titl. Vereinen seien meine geräumigen Nebenzimmer empfohlen. 4857

Circa 5,6% Verzinsung!

Günstige Kapitalanlage

4 1/2% Rgl. Rumä-

nische Schatzscheine

rückzahlbar 1916 zu pari

zum Kurse von Mt. 97 für 100.

in Stücken von Mt. 405.— an, offeriert freibleibend, da die jüngst

aufgelegenen ungar. Schatzscheine

schon vergriffen waren.

Carl Götz,

Bankgeschäft, Karlsruhe,

Gelestr. 11/15.

Wechselstube fremder Geld-

sorten, Einlösung von Cou-

pons und Treasern, Aus-

zahlungen und Passagen-

vermittlung nach Amerika

und anderen Ländern. 5116

Pfannkuch & Co

Hafer-Cacao

mit Zucker-Zusatz

1/2 Pfd. 80 Pfg.

1/2 Pfd. 40 Pfg.

in den bekannten Verkaufsstellen

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen

Fräulein

für Vettergeschäft per 1. März

gesucht. Offerten mit Zeug-

nissen und Gehaltsansprüchen

erbeten unter Nr. 5117 an

die Expedition des „Volkfreund“.

Möburrest. 23. St. St. r.

ist ein möbl. Zimmer zu

vermieten. 4958

Wilhelmstraße 47 IV, Ede

Luisenstr., ist großes ein-

möbl. Zimmer sofort billig zu

vermieten.

Pieg- u. Sigwagen, gut

ist billig zu verkaufen. **Durlach,**

Wilhelmstr. 2, Stb. 2. St.

fast neu.

Strickmaschine, billig zu

verf. **Essenstr. 56, Stb. III.**

Pfannkuch & Co

Seigwaren

und

Dürrobst:

Bruch-

Maccaroni

Pfd. 28 Pfg.

Maccaroni offen

bid. Pfd. 30 Pfg.

bünn. Pfd. 36 Pfg.

Feinste

Maccaroni

— nur in Paketen —

Italiener I. Pfd. 38 Pfg.

1/2 Pfd. Paket 42 Pfg.

1/2 Pfd. Paket 50 Pfg.

1/2 Pfd. Paket 60 Pfg.

Gemüse-Rubeln

breite Hausmacher

Pfd. von 32 an

Feinste

Hausmacher

— nur in Paketen —

1/2 Pfd. Paket 36 Pfg.

Gier-Hausmacher

— nur in Paketen —

1/2 Pfd. Paket 42, 50

und 60 Pfg.

1/2 Pfd. Paket 21, 25

und 30 Pfg.

Zwetschgen

Pfd. von 30 an

Feinste

Plodinazwetschgen

— in Paketen —

1/2 Pfd. Paket 40 u. 60

Zwetschgen

ohne Stein 60 Pfg.

Hand

Kranzfeigen

Pfund 28 Pfg.

Birnschnitze

Pfd. 25 Pfg.

Feinste ganze

Birnbuzel

Pfd. 30 Pfg.

Dampfpfäfel

Pfund 50 Pfg.

Californische

Pfirsiche und

Birnen 4866

Pfd. 60 Pfg.

Aprikosen

Pfd. 70 u. 1.—

Datteln

Pfd. 38 Pfg.

Mischobst

— jebr. beliebt —

Pfd. 40 u. 50 Pfg.

bestes ohne Stein 60 Pfg.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen

Verband der Brauerei- und Mühlen-Arbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Verwaltungsstelle Karlsruhe i. S. — Büro: Bachstraße 69.

Sonntag den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht pro 1912.
2. Neuwahlen.
3. Verschiedenes.

Mittwoch den 5. Februar, abends 8 Uhr, im „Storcheneck“
Vertrauensmännerversammlung.

Donnerstag den 6. Februar, abends 6 Uhr, im „Storch“
in Grünwinkel
Mühlenarbeiter-Versammlung.
Pünktliches Erscheinen wird erwartet. 5110

Die Ortsverwaltung.

Fastnacht-Dienstag, nachmittags 4 Uhr,

öffentlicher Maskenball

in den feenhaft decorierten Räumen der 5114

Westendhalle Mühlburg

(Haltestelle der Straßenbahn).

Aschermittwoch großes Fischessen.

Pfannkuch & Co

Mittwoch und Donnerstag eintreffend
in schwerster Eispackung

Billige Seefische!

Größere Zufuhren aus der Nordsee.

Gabliau

kopflös, im 25 Pfg. im Aus- 28 Pfg.
ganz, Fisch Pfd. schnitt Pfd.

Schellfische

kleine 25 Pfg. große 35 Pfg.
Pfd. 1-2 pfündig, Pfd.

Stockfische

Pfd. 23 Pfg.

Als Butterersatz empfehlen wir

CSbu-Margarine

das Beste auf dem Markte

Pfund 95 Pfg. 5108

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Carl König

Dentist.

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren,
Zahnziehen.

Patent-Büro

Villingen i. B. Friedrichstr. 18. Tel. 159.

Unsere

Weisse Woche

dauert

bis inkl. Donnerstag

den 6. Februar.

Geschw. Knopf.



Seefischmarkt Mühlburg

findet am Aschermittwoch, morgens 8 1/2 Uhr schon in der „Westendhalle“ statt. 5113



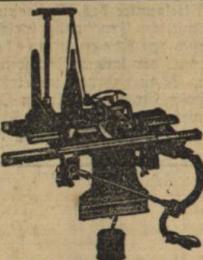
Karl Hummel

Stahlwarenhandlung
Rasiermesserschleifen
Karlsruhe i. B. Werderstr. 13.

Die weltberühmten Fabrikate der Firma
B. Kissner, Scherenfabrik, Gross-Umstadt (Hessen)
sind stets in grosser Auswahl am Lager und erfolgt der Verkauf zu Fabrikpreisen. 170

Doppelte Sparmarken!

Echarpes, Hemden, weiß und farbig.
Hosen, Korsetten, Untertailen, Hemden,
Unterröcke für Konfirmanden. 4916
Handtücher, weiße und farbige Hemdenstoffe,
Schürzen, Hosenträger, Socken, Strümpfe usw.
bei Fried. Zirk, Marienstraße 37.



Der beste Erwerb für Hausindustrie
ist ihrer viel. Vorteile weg. unsere
Strickmaschine.

Außerordentliche Leistungsfähigkeit,
große Nadelersparnis, Vermeidung von Fallmaschen, große
Platzersparnis.

Strickunterricht gratis.
Eventuell liefern wir Garne und
nehmen die fertige Ware ab. 2932

Schwinn & Surfeld,
Karlsruhe, Telefon Nr. 102.
Kaiserstraße 99.

Nähmaschinen

erhältliches Fabrikat auch gegen
beaueme Teilzahlung

Nur
Adlerstr.
18 a



Um
Platz

zu gewinnen für die Frühjahrsware, verkaufe ich: 4813
Herren-Anzüge von 9.50 bis 40.00
Ulster, Paletots von 9.50 bis 36.00
Pelerinen von 6.50 bis 14.00

Nur Adlerstrasse 18 a.

E. Hahn.

Spanische Weinhandlung

von 2780

Jaime Miro

empfiehlt ihre garantiert naturreinen

Weine

Rotwein von 60 Pfg. per Liter an
Weisswein von 70 Pfg. per Liter an
ff. Süß- und Dessertweine
Cognacs und Liköre.

Verkaufsstellen: Ruppurrerstrasse 14, Durlacher-
strasse 38, Lessingsstrasse 29,
Schillerstr. 23, Rheinstr. 45 und
Gerwigstraße 20.

Während der Weissen Woche

gebe auf sämtliche

**Herren-Anzugstoffe, Ulsterstoffe,
Paletotstoffe, Hosenstoffe**
15% Rabatt.
Günstige Gelegenheit für Kommunikanten und
Konfirmanden. 4962

Arthur Baer

Kaiserstrasse 133, 1 Treppe hoch.
Eingang Kreuzstrasse, bei der kl. Kirche.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 26. Jan. bis 1. Febr.: Getrud Maria,
V. Ferd. Köhlein, Reisender. Ottilie Charlotte, V. Joh. Ed.
Steinläger. Leonore Ann Else, V. Dr. Friedrich Müller, Ober-
amtsrichter. Maria Karolina Elisabeth, V. Friedrich Schwarz,
Fabrikant. Maria Mathilde, V. Karl Dehler, Weidenwärter.
Richard Jakob, V. Richard Lebrecht, Zementeur.
Todesfälle vom 1. und 2. Febr.: Walter, alt 7 Monate
19 Tage, V. Konrad Frank, Mechaniker. Verta Meier, alt
27 Jahre, Ehefrau des Heizers Emil Meier. Philipp Wagner,
Kangierer, Ehemann, alt 29 Jahre. Gottfried Fiedler, Schiefer-
decker, ledig, alt 27 Jahre. Thella Wolf, alt 48 Jahre, Ehefrau
des Tagelöhners Johann Wolf. Franz Baster, Postkassener a. D.,
Winter, alt 77 Jahre.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburt: Emil, V. Franz Josef Ed. Kaminfeger.
Eheflechtungen: Ludwig Maxim. Schneider, Sergeant von
Mannheim, und Verta Schmid von Großstuden, O. A. Keres-
heim, Württemberg. — Johannes Kunz jun., Metzger und Bier-
verwahrer, und Emma Katharina Gartner, beide von Stupferich,
Amt Durlach.
Gestorben: Friedrich, V. Gustav Adolf Ostermeyer, Schlosser,
1 J. alt. — Theresia geb. Müntel, Witwe des Landwirts Georg
Michael Bräutigam, 81 J. alt. — Johann Friedrich Dürr, Schlosser,
Ehemann, 48 J. alt. — Matzislava, V. Franz Josef Reinert,
Weißgerber, 2 J. alt. — Frida geb. Seitz, Ehefrau des Raver
Dürr, Bierbrauer, 31 J. alt. — Franz Anton, V. Franz Jakob,
Fabrikarbeiter 4 Monate alt.